



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

352 (31.7.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-335055](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-335055)

General-Anzeiger



Abonnement

(Wöchentliche Beilage)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt)

Telegraphen-Adresse

„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion, Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-

nahmen-Druckarbeiten) 841

Redaktion: 877

Expedition und Verlags-

buchhaltung: 818

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntage)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Gefestigte und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt: Sonntag 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt: Sonntag 3 Uhr.

70 Pfennig monatlich,
Einsendungen an die Redaktion,
durch die Post bez. incl. Porto
anständig 20. 24. 28. 32. 36. 40. 44. 48. 52. 56. 60. 64. 68. 72. 76. 80. 84. 88. 92. 96. 100. 104. 108. 112. 116. 120. 124. 128. 132. 136. 140. 144. 148. 152. 156. 160. 164. 168. 172. 176. 180. 184. 188. 192. 196. 200. 204. 208. 212. 216. 220. 224. 228. 232. 236. 240. 244. 248. 252. 256. 260. 264. 268. 272. 276. 280. 284. 288. 292. 296. 300. 304. 308. 312. 316. 320. 324. 328. 332. 336. 340. 344. 348. 352. 356. 360. 364. 368. 372. 376. 380. 384. 388. 392. 396. 400. 404. 408. 412. 416. 420. 424. 428. 432. 436. 440. 444. 448. 452. 456. 460. 464. 468. 472. 476. 480. 484. 488. 492. 496. 500. 504. 508. 512. 516. 520. 524. 528. 532. 536. 540. 544. 548. 552. 556. 560. 564. 568. 572. 576. 580. 584. 588. 592. 596. 600. 604. 608. 612. 616. 620. 624. 628. 632. 636. 640. 644. 648. 652. 656. 660. 664. 668. 672. 676. 680. 684. 688. 692. 696. 700. 704. 708. 712. 716. 720. 724. 728. 732. 736. 740. 744. 748. 752. 756. 760. 764. 768. 772. 776. 780. 784. 788. 792. 796. 800. 804. 808. 812. 816. 820. 824. 828. 832. 836. 840. 844. 848. 852. 856. 860. 864. 868. 872. 876. 880. 884. 888. 892. 896. 900. 904. 908. 912. 916. 920. 924. 928. 932. 936. 940. 944. 948. 952. 956. 960. 964. 968. 972. 976. 980. 984. 988. 992. 996. 1000.

Inserate:

Die erste Zeile... 20 Pf.
Die zweite Zeile... 15 Pf.
Die dritte Zeile... 10 Pf.

Nr. 352.

Freitag, 31. Juli 1908.

(Abendblatt.)

Wer Preußen regiert.

(Von unserem Berliner Bureau.)

□ Berlin, 30. Juli.

Herrn Bülow hat am Donnerstag, bevor er nach Swinemünde zum Kaiser fuhr, ein paar Vormittagsstunden in Berlin gewidmet und noch am nämlichen Abend ist eine halbamtliche Aussprache zum Fall Schilling — halb Dementi, halb launhafter Rechtfertigungsversuch — in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erschienen. Die beiden Ergebnisse werden wohl nicht ganz ohne Zusammenhang sein, obgleich ein Blatt, das mit unerschütterlicher Ausdrucksfähigkeit den Offiziosus markiert, dieser Tage doch verstimmt hatte; der Reichskanzler und Ministerpräsident werde schwerlich Neigung verspüren, seinem Kollegen vom preussischen Innern, den die Sache respektvoll anginge, vorzugreifen. Nun hat, scheint's, der Herr Ministerpräsident doch vorgegriffen und eingegriffen dazu, wenn schon man nicht gerade behaupten kann, daß dieser Eingriff — wenigstens soweit er sich vor der Öffentlichkeit präsentiert — von sonderlichem Geschick begleitet war. Eine merkwürdige Fallbeilage zieht durch ihn hin. Es ist ganz deutlich, daß dem Herrn, der den Schriftsatz für die Norddeutsche diktierte, der ganze Dandel unangelegen und unangenehm ist. Daher die Beschwichtigungsförmel: noch sei es ja nicht so weit; unter Umständen könnte ja auch noch eine Einstellung des Verfahrens erfolgen. Aber schließlich soll es doch ein Dementi werden und so wird dementiert, was Niemand behauptet hat: der Minister des Innern habe Herrn Schilling keineswegs den Verzicht auf seine freisinnige Landtagskandidatur abgenommen. Der Minister des Innern, nein, der gewiß nicht. Aber wenn es der Herr Regierungspräsident war — was dann? Darüber schweigt das bekannte Sängers Hölzlkeits. Solches aber heißt man an den Dingen vorüberdemenieren.

Rebeller hat sich um dieselbe Stunde eine gleichfalls inspirierte Stimme im „Sofalangeier“ vernehmen lassen. Die plaudert freilich, frei, fromm aus, wie die Sache sich wirklichgetragen: Herr von Moltke geht mit sich zu Rade, ob man den emsig und temperamentsvoll schriftstellenden Bürgermeister nicht wegen Landratsbeleidigung coramieren solle. Das blüht den „zuständigen“ Regierungspräsidenten ein gehendes Pressen. So macht der ganze Arbeit. Herrn Dr. Schilling's gesamte Publikationen werden zusammengetragen und ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Amtsenthebung eingeleitet, wo die Zentrale lediglich einen mehr oder minder milden Verweis dachte. Nun weiß man doch, wo und wie. Und nun steht man auch, wie recht die öffentliche Meinung hat, als sie um diese sonnendurchflutete sommerliche Zeit einmal recht kräftig „Wirtschaft, Soratio“ rief. An diesem Fall Schilling, wie er mehr und mehr sich jetzt entscheidet, sieht man nämlich mit unheimlicher Deutlichkeit, wer in Wirklichkeit Preußen regiert. Das ist das Typische an ihm und das gibt ihm die politische Bedeutung, die weit über den vorliegenden Anlaß hinausgeht.

Ehemalige man viel über den Ressortpartikularismus und die mangelnde Einheitlichkeit der Regierung. Die ist, scheint's, jetzt einigermaßen — wenn auch nur einigermaßen — hergestellt. Die meisten von den Ministern und Staatssekretären, die nicht so wollten, wie der Herr Reichskanzler

wollte, sind nach und nach mit Gottes und des Herrn von Lucanus Hilfe zum Tore hinausbefördert. Mit Herrn von Rheinbaben ist ein leidlicher Friede geschlossen worden — oder ist's nur ein besserer Waffenstillstand?; bloß Herr Gölle, der sich des rechten Weges noch immer nicht bewußt ist, obwohl er doch aus Dortmund stammt, brilliert noch ab und zu mit einem rollenwidrigen Seitensprung.

Aber in der Hauptsache scheint Eintracht zu herrschen und Einmütigkeit über den einschlagenden Weg. Indes nur in der Ministerialinstanz. Schon von der nächsten, höchstens von der zweitnächsten Station ab schert man sich den Teufel was um den Kurs, den „die in Berlin da“ steuern. Im Januar, als Herr Bülow im preussischen Abgeordnetenhause über die Wahlrechtsreform interpelliert wurde und jene Erklärung abgab, die der Rechten so viel Freude machte, versicherten er sowohl wie Herr von Moltke: es würde Vorzüge getroffen werden, daß die Wahlen unbeeinträchtigt von statten gehen. Ohne Frage sind Restriktionen und Zirkulare in diesem Sinne auch an die nachgeordneten Stellen ergangen. Aber genutzt haben sie nichts. Es haben wie immer Regierungspräsidenten und Landräte kandidiert und wo sie kandidierten, geschah's bis auf zwei Ausnahmen für die konservativen Parteien. Wo sie aber nicht selbst um ein Mandat warben, taten es ihre Freunde, Vettern, Korpssbrüder und Regimentstammladen. Da war es denn schier selbstverständlich, daß der ganze amtliche Apparat oder zum mindesten die Autorität der Behörden für die konservativen Parteien aufgerufen wurden. Und wo das alles nicht zog, half man halt ein wenig nach. Einschüchterung, geschäftlicher, mehr noch gesellschaftlicher Vorteil arbeiteten zusammen. Das Resultat war denn auch befanntlich danach: die Konservativen konnten mit Stolz und Gemutheit konstatieren, wie „felsenfest“ ihre Bestandsituation im preussischen Volke war. Männer, die den letzten Wahlkampf gegen die Konservativen gekämpft haben — und zwar nationalliberale so gut wie freisinnige — wissen über die „Mauern“ dieser Kraft sehr erbauliche Geschichten zu erzählen. Es ist buchstäblich so: die preussische Regierung ist tatsächlich „eingefestigt“. Eingefestigt von ihren eigenen Beamten und deshalb ist es am letzten Ende gleichgültig, welcher Kurs von der Ministerialinstanz gesteuert wird, solange sie nicht Mittel und Wege fand, den neuen Segen auch wirklich durch die verschiedenen Verwaltungsstände zu den Regierten zu leiten. Mehr denn je sind die Minister vorüberfliehende Erscheinungen. Der bleibende Bol ist oder nicht mehr wie in der Bismarckzeit der Geheimrat aus der Zentralbehörde, sondern der Herr Regierungspräsident und der Herr Landrat. Der Bürgermeister Schilling hat diesem eigenartig verfassten Organismus in der Hauptsache scharf ins Herz gegeben. Deshalb ist es nur logisch, daß ihm die Leute, die Preußen wirklich regieren, den Krieg erklärten. Den Krieg bis zur Amtsentsetzung...

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 31. Juli 1908.

Die Nachwahlen in der Pfalz.

Die Sozialdemokratie schwingt Angst, sie könne die durch den Tod Ehrharts erledigten Mandate durch eine geschickte

Taktik oder Kandidatenwahl der bürgerlichen Parteien verlieren. In der „Pfalz“ war vorgeschlagen worden, eine parteipolitisch neutrale Persönlichkeit als Kandidaten aufzustellen, deren staatsbürgerliche Vergangenheit dem Kreise die Gewähr gebe, seine wichtigen kommerziellen und ökonomischen Interessen im Reichstage nachdrücklich vertreten zu sehen, ohne daß sich der Kandidat auf einen großen Parteiverband stütze. Als solchen Kandidaten empfiehlt die „Pfalz“ den neuen Präsidenten des Flottenvereins, Großadmiral v. Köster. Der „Vorwärts“ ist entsetzt, er beschwört das Zentrum, es möge nicht in diese plumpe Falle gehen. Der Flottenverein sei — der „Vorwärts“ zitiert hier die Evang.-Luth. Kirchenzeitung (1) — kulturkämpferisch und habe bei der letzten Reichstagswahl nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch das Zentrum bekämpft. Der „Vorwärts“ ist doch eine gute und treue Seele, so besorgt um das Zentrum, daß es nur nicht in schlechte Hände gerate, so ehrlich bestimmt, das Zentrum könne einem Nationalliberalen oder einer liberal gefärbten politischen Quelle in Speyer-Ludwigshafen zu einem Reichstagsmandat verhelfen! Also die Kimmernisse des „Vorwärts“ um Ehrharts Erbschaft. Andere sozialdemokratische Organe machen ihrer Erregung über die Frage des Erbes des „roten Pfalzgroßen“ tagtäglich in antisemitischen Aindereien Luft, die eigentlich das Entsetzen und die Verblüffung eines Teiles der engeren Klientel dieser Organe erregt haben könnten. Demen wir ändern im übrigen mit der Würstlichkeit und heitren Gelassenheit tagtäglich zuzuhören, die, meinen wir, Bismarck mit dem plattdeutschen Wort weitergab: Der Lach ist dwerf! Aindereien und Plumpheiten werden ebenso schwer einen Segner mürbe machen, wie Nigen und Gemeinheiten. Aber sie haben für uns das lässliche Interesse dadurch, daß sie Gradmesser einer bedenklich nervösen Stimmung sind.

So etwa steht es um die Kengste der Sozialdemokratie, die im „Vorwärts“ brünstig das Zentrum umwirbt. Wir wissen garnicht einmal, ob diese Kengste und jene Nervosität, dieses Liebeswerben und jene Aindereien überhaupt so grundnützlich waren und sind. Wir sagten gleich, es sei sehr wohlbehalten, daß das Zentrum auch diesmal für die Sozialdemokratie eintreten werde. Nun soll es gar schon zu einem regelrechten Kuhhandel gekommen sein, wenigstens wollen die „Münch. N. Nachr.“ davon wissen. Sie lassen sich schreiben:

Ein Zusammengehen beider Parteien wird zur Gewissheit, wenn die sozialdemokratischen Kreise entflammende Nachrichten zu treffen, daß im Falle der vom Zentrum erwarteten nachmaligen Ungültigkeitserklärung die Wahl des liberalen Landtagsabgeordneten Cronauer in Germersheim-Berggaden bezw. bei der dadurch erforderlich werdenden Landtagsnachwahl in Germersheim-Berggaden die Sozialdemokraten geschlossen für den Zentrumskandidaten zu stimmen haben, dagegen das Zentrum die Verpflichtung hat, bei der Reichstagswahl in Speyer-Ludwigshafen-Frankenthal und bei der Landtagsnachwahl in Kaiserlautern durch Eintreten für die sozialdemokratischen Kandidaten die Niederlage der Liberalen und den Sieg der Sozialdemokratie herbeizuführen. Natürlich werden sowohl die ultramontanen als auch die sozialdemokratischen Wähler die Mitteilung, daß ein Bündnis auf dieser Grundlage von beiden Seiten geplant sei, mitzuteilen u. als erfinden zurückweisen. Allein wenn man sich vergegenwärtigt, daß die nachmalige Ungültigkeitserklärung der Wahl Cronauers

München 1908.

Von Hermann Wolbed.

München, 30. Juli.

Unter dem frischen Einbruch einer in ihrer ungeliebten Herlichkeit geradezu entzückenden kleinen Felle, schide ich mich an, Ihnen über das gerade heute in bestem Sonnenlichte gehabte, anheimelnde Festessen, und seine Anstellung in kurzen Tagen Einiges zu sagen. Das badiische Fürstenpaar, das gestern, an diesem Sommermorgen, seinen überaus glänzenden Einzug in die bayerische Residenz hielt, hat heute, heute früh 9 Uhr, in einem für den Festakt der Wabener in München reservierten Raum, unter Gottes freiem Himmel, einen Gruß einer angeordneten Vondelinder entgegengenommen, der selbst auf einen barockförmigen Sinder einen tiefen, ungeschlichen Einbruch machte. In Form eines badiischen Erntefestes begrüßte die Münchener-Wabener das Großherzogspaar. Die künftige Schaar, in allen möglichen badiischen Landesfarben gekleidet, bekränzte unter den Klängen der Karlshorner Grenadierkapelle unter Boettge's Leitung, zu Hof, zu Wagen und zu Fuß, künig huldigend, vor dem von so viel Herlichkeit bezwungenen Fürstenpaar. Die Liebe und Anhänglichkeit zur alten Heimat lang dabei aus den verschiedensten kurzen, poetischen Ansprachen der Kinder, die reizende Angebinde überreichten, so überaus herzlich, der innige Kontakt zwischen Fürst und Volk machte sich so leblich geltend, daß dieser kurzen Viertelstunde belagert in haben, für immer in der Erinnerung haften wird. Hofrezeptions-tatour Heilich, Mannheimer Rosenkranz-Reservatort von ein, hatte für die Herrschaften ein opulentes in wahrhaft künstlerischer Form arrangiertes festes Buffet gestellt. Die ständigen Verse, in allemännlicher Mundart, die die Kinder sprachen, hatten eine Entfaltung von Charlotte Birch-Weißer zur Verfasserin. An dem der Halbtag vorübergehenden Abend hatte das Künstlertheater in der Ausstellung zu Ehren von Wabens

Großherzogspaar eine Festvorstellung arrangiert. Man gab vor nur gelobtem Publikum, zu dem auch, durch das liebenswürdige Entgegenkommen des Ausstellungs-Presse-Bureaus, meine Wenigkeit zählen durfte. Schalepores „Was Ihr wollt“, in einer geradezu wunderbaren, den köstlichen Humor des großen Briten vollkommen erschöpfender Aufführung. Der Karollo Höfers war eine Meisterleistung. Der Humor Fritz Böhl's, als Junter Tobias, wirkte herzerweichend. Eine Lohner als Alria, Herrin v. Hogen als Viola, Heinz Konrad, der Karr, und alle, wie sie auf der Bühne des Ideal angelegt und eine prachtvolle Musik aufwiesenden Theaters standen, gaben nur Vollenbete. Großer Schalepore, was bedeutet beim befreundeten Dachen, gemessen in dem Humor unserer Schwan- und Lustspielfabrikanten von heutzutage!

Das badiische Haus in seinem Aufschauerum einen interessanten Anblick bot, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Das ganze badiische Herrscherhaus, soweit dessen Mitglieder in München anwesend sind, umgibt die Gäste. Das blüht nur so von Uniformen, Orden und Ehrenzeichen. Der gewöhnliche Erdenbürger in festlicher Schwarz angezogen, und wenn er gar wie so mancher, nicht über irgend ein Ritterkreuz oder Stern verfügen konnte, verschwand in der bunten badiischen Menge. Der grelle Prinzregent, der beim Einzug frisch und munter an der Seite des Großherzogs sah, war der Vorstellung ferngeblieben. Prinz Ludwig und Gemahlin mochten dem Eberaul wohl und gesund ausbleibenden Paare die Honnors. Die Großherzogin trug eine schwarze mit Weiß und Gold besetzte Robe; der Großherzog war in bayerischer Uniform erschienen.

Die Ausstellung München 1908, was die zu sehen gestellten Objekte anbetrifft, an sich nicht von allzu großer Bedeutung, bezieht vor allem durch das von selten gezeichneten Künstlerhänden getroffene Arrangement, die herrliche Lage am Isarpark und nicht zuletzt die subtile Pracht und Schönheit der meisten Ausstellungsgebäude. Das im lockenden Park, der schöne Kühle, schattige Ruhepunkte aufweist, an Werken der Plastik in Stein

und Eisen aus dem Grünen winkt, zeugt von der großen Bedeutung der Kunststadt München. Das Kunstgewerbe hat innerhalb der Ausstellungsräume, namentlich auf dem Gebiete der Keramik, der Glasmalerei und Goldschmiedekunst, gezeigt, daß es nicht stille steht, sondern mit aller Macht und vornehmster Künstlerkraft den Höhen zustrebt. Der große Restaurationsbau, in dem man kulinarisch ebenfalls vornehmer Genusses zu sein vermag, ist ein Meisterwerk moderner Architektur und vornehmer Innendekoration. Im Vergnügungspark ist mit mehr oder weniger Variation alles vorhanden, was seiner Zeit auch den Mannheimern unabhängig viel dauerhafter Vergnügen bereitet. Zehntausend oder mehr lauschten an den letzten lauen Sommer-nächten den schmelzenden Walzerweisen der Hoch- und Deutsch-meister-Regimentskapelle aus dem fangestrichenen Wien. Im Nationaltheater erlebt man künstlerische Genüsse eigenartiger Art. Im Künstlertheater hat auch Oud's „Wolkenkammer“ frühliches Begehren hervorlockt. Das Tanzlegenden aber ist und ein bizzarrer Versuch die Reform der Tanzkunst, frei nach Niboda Duncan, in vornehmer Form auf die Bühne zu bringen. Neugierig munter und bayerisch echt geht es am Abend auf dem Tanzboden und in den Bierhallen zu. Man kauft sich seinen Kobl, seine Semmel, man host sich die Schweinewurst mit Kraut, frisch vom Roß weg. Man schwelmt sich am weiten Trage seine Woll, läßt sie sich für ganzes Geld zur — Kästle füllen, und gießt das köstliche Kobl mit munnigem Begehren die durstige Kehle hinunter. Die Stadt prangt in den Hauptstößen im Flaggenschmuck der bayerischen und badiischen Fahnen und im Schwergelb der Stadt München. Aus allen Löden gleißt und lodt die Menge auf-gestapelter Erzeugnisse der Münchener Kunst. Im Schauspielhaus ist das Berliner Deutsche Theater zu Gast, auf den Bier-tellern herrscht reges Leben. Die Weismühle im „Franziskaner“ sind immer noch von der alten trefflichen Qualität, und im Doh-bräu werden nach wie vor von Jung und Alt, Einheimischen und Fremden ungeheure Quantitäten zu „Stoff“ vertilgt. Auf den

vor gar nicht langer Zeit von ultramontanen Blättern in sichere Aussicht gestellt worden ist und in Betracht zieht, daß die Schwarz- und Roten schon alle bisherigen Wahlbündnisse betritten und abgelenkt haben, so wird man wissen, welchen Wert man neuerlichen Absegnungen beizumessen hat.

Wir überlassen den „Münd. N. Nachr.“ die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Nachrichten. Sie sind, wie der Historiker zu sagen pflegt, aus inneren Gründen nicht unwahrscheinlich. Die Sozialdemokratie hat das Zentrum, darüber kann heute wohl kein Zweifel mehr bestehen. So oder so. Und es wird auf keine Weise möglich sein, an dieser Tatsache etwas zu ändern, eigentlich stand sie von vornherein fest.

Daß ein Appell an das nationale und bürgerliche Gewissen des Zentrums gar nicht den Zweck verfolgen konnte und wollte, dieses zu gewinnen, was sich genau aus dem Grunde verbot, aus dem die Nationalliberalen nicht für einen Zentrumsmann eintreten könnten, sondern nur den Zweck, die Tischgemeinschaft von Zentrum und Sozialdemokratie ins rechte Licht zu rücken, versteht sich von selbst. Und sie ist drum wahrlich nicht schöner worden.

Die Nationalliberalen werden sehr klug in der Wahl ihrer Kandidaten sein müssen, sehr energisch in der Agitation, wenn sie aus den Radikalen in der Wahl als Sieger hervorgehen wollen; sie selbst haben ja das beste Vertrauen und wir können nur wünschen, daß es ihnen zu einer starken Entfaltung ihrer Kräfte ver helfe.

Zentrum und Reichsfinanzreform.

Herr Dr. Julius Bacher, der vor Jahr und Tag die Parole ausgab: „Heraus aus dem Zentrumssturm“, hat vorgerufen im „Tag“ untersucht, unter welchen Bedingungen das Zentrum wohl aus der Opposition heraus könnte. Dabei hat er's billig: die Einräumung eines Sitzes im Reichstagspräsidium — nicht einmal des ersten — dürfte ihm ein genügend hoher Preis, um dafür die Mitwirkung des Zentrums bei der Reichsfinanzreform zu erkaufen. Nicht so Jung-Erzberger, der sich Tags darauf an der nämlichen Stelle zu dem gleichen Thema vernehmen läßt. Auch ihm erscheint ein Sitz im Präsidium eine gute und erstrebenswerte Sache — zu dem Ende regt er an, eine dritte Vizepräsidentenstelle zu schaffen —, aber das Besondere ist es ihm nicht. Herr Rathias Erzberger geht es wie Strauß' Solome: er will das Haupt des Zentrums. „Bei der letzten Präsidentenwahl“, argumentiert er, ist es in erster Linie der Einfluß des Fürsten Bülow gewesen, der das Zentrum aus dem Präsidium ausschloß.“ Und zum Schluß: „Im Zentrum ist die Abneigung gegen die heutige Stellungnahme des Reichstags mindestens so groß wie das Schuldbewußt des Fürsten Bülow in der Zentrumsabstimmung.“ Das ist zwar etwas dunkel ausgedrückt, aber es soll doch wohl heißen: zu einer positiven Mitarbeit an der Reichsfinanzreform könnte sich das Zentrum erst unter einem anderen Kanzler und einer neuen parteipolitischen Konstellation entschließen. Wobei sehr zu bezweifeln bleibt, ob, wenn darauf ankäme, ein beträchtlicher Teil — und vielleicht der einflussreichere — von Herrn Erzbergers Parteifreunden die Sache nicht doch noch billiger machte. Von der Reichsfinanzreform aber kündigt Herr Erzberger im Ton der Pythia: die würde das Zentrum „nach seinem Programm entscheiden und nach der Fassung in der Vergangenheit“. Nur hat in der Vergangenheit, was der Meister weiß verschwiegen, das Zentrum jede organische Reform eben vereitelt. Schließlich meint dieser talentvolle Zentrumsprophet:

„Die harte geschlossene Fraktion kann es (das Zentrum nämlich) jedoch auf die neuen Steuern auch dann erheblich einwirken, wenn sie in voller Opposition steht, weil gerade in Steuerfragen diese Stellung nicht schwächend gekollert werden kann, ohne daß man das Odium der neuen Lasten zu tragen hat.“

Ist das nicht stolz, ist das nicht patriotisch, ist das nicht wahrhaftig groß gedacht? Aber es kann schon sein, daß das Zentrum an den kommenden, für jeden gewissenhaften Patrioten so überaus schwerwiegenden Entscheidungen mit dieser Zerknirschung vorbeizugleiten versuchen wird. Im Schwachgebrauch unserer Studenten heißt man sie „mauern“. Aber dem Programm des Zentrums und seiner Fassung in der Vergangenheit würde sie durchaus entsprechen.

Die Trauer über die Abtrünnigen von Halle

Ist in der Zentrumsprelle groß. Die meisten kirchlichen Blätter tun so, als ob sie die veröffentlichten Thesen der katholischen Studenten zu Halle nicht für echt hielten. So auch der tüchtige „Vater, Kurier“:

„Man sollte es nicht für möglich halten, daß katholische Studenten sich so durch liberale Thesen verwirren lassen. Erst Tübingen, wo die katholische Verbindung „Goeitia“ einen ähnlichen entwürdigenden Reinigungsseid“ leistete, dann Münster, wo die katholischen Verbindungen die Beteiligung an der Freiwirtschaftsprojektion ablehnten und nun soll

Straßen flutet der Strom der Fremden, und die Straßenbahnen haben, wenn ich mich so ausdrücken darf, alle Hände voll zu tun. Heute Abend aber soll mir das Künstlertheater, das es mir mit seiner konsequenten Art der Bühnenreform angetan hat noch einmal seine Porten erschließen, um Ruckert's, des viel angefeindeten „Das Wollenkuckuckheim“ auf mich wirken zu lassen. Im übrigen: es lebe München, die Bierstadt, die Stadt fröhlichen Behagens, die Stadt hochstrebender, echter Kunst auf allen Gebieten, die Stadt in der sich stets heimlich fühlen muß, wenn Welt auch nur ein Flätschen echter Lebensfreude mit auf die Doseinswanderung gegeben.

Beiträge zur Frauenfrage.

Ausstellung für Frauenberufe

L. 12, 18 3. Stad.

Sprechstunde: Mittwoch von 10—11.

Die Frau und die soziale Frage.

Das erste „Mütterheim“ in Österreich ist dem Bund für „Mütterthum“ in einem der äußeren Bezirke Wiens eröffnet worden. Es soll hilfsbedürftigen Müttern vor der bevorstehenden Entbindung und nach dieser bis zur vollständigen Erholung Unterstützung gewähren und selbstverständlich auch das Kind aufnehmen.

Die Österreichische Liga zur Bekämpfung des Wadchenhandels hat im 8. Wiener Gemeindebezirk ein Heim errichtet, dessen Aufgabe es ist, den stillos geführten Mädchen Schutz und Aufnahme zu gewähren. Natürlich kann der Aufenthalt im Heim nur von vorübergehender Dauer sein; er soll

man auch in Halle mit der lauten Versicherung nationaler Gesinnung dem Gegner nachlaufen. Auf solche Zumutungen einzugehen, sollte das Selbstbewußtsein verbieten. Verlangt man denn in Halle von den schlagenden, den protestantischen und jüdischen Verbindungen einen ähnlichen Beweis? Ganz gewiß nicht! Ist es aber dann nicht Inferiorität, wenn katholische Studenten indirekt die Angehörigen nationaler Gesinnung als berechtigt anerkennen, dadurch, daß sie betonen, sie hätten diesen „ultramontanen“ Anschauungen nicht? Ist es ein Wunder, daß uns die Gegner angesichts solcher Vorurteile immer despektierlicher behandeln? Es scheinen sich allmählich die Gefahren zu zeigen, die mit einem unterhöhltem quantitativen Anschwellen verbunden sind, wie es die katholischen Studentenorganisationen in dem letzten Jahrzehnt erfahren haben.

Das hört sich fast so an, als wolle nun das Zentrum seinerseits seine Verbindungen auch mit den anderen katholischen Korporationen lösen. Wenn's nur erst soweit wäre. Dann wäre beiden Seiten geholfen. Denn Zentrum und akademische Jugend passen — einmal nicht zueinander.

Deutsches Reich.

— (Die lenkbaren Luftschiffe und das Kaisermandat.) Wie die „Zf.“ von unterrichteter Seite erfährt, ist auch die Verwendung je eines Luftfahrzeuges der Systeme Zeppelin und Porssell bei den diesjährigen Kaisermandaten, was vor kurzem in Aussicht gestellt wurde, seitens der Militärverwaltung nicht beabsichtigt. (Das Militärflugzeug bleibt bekanntlich auch den Mandatnehmern fern.) Wenn man auch annimmt, daß die genannten lenkbaren Ballons die von der Reichsbehörde gestellten Forderungen erfüllen und in den Besitz des Reiches übergehen werden, bevor die Kaisermandate beginnen, so würde doch die Uebnahme der Ballons durch die Behörde und die sich hieraus ergebenden Maßnahmen so viel Zeit beanspruchen, daß schon aus diesen Gründen eine Beteiligung der Luftschiffe an den Mandaten im Elsaß ausgeschlossen ist. Es nimmt somit auf jeder Mandatpartei nur ein Detachement vom Luftschifferbataillon teil, wie dies bisher auch seit einigen Jahren geschehen ist.

— (Zentrumsphantasie.) Ein Korrespondent der „Kölnischen Volkszeitung“, der sich bereits wiederholt als sehr phantastisch erwiesen hat, will neuerdings erfahren haben, daß „ein volles Duzend liberaler Parlamentarier und Journalisten bereits vom Reichskanzler Einladungen erhalten haben“ in Sachen der Reichsfinanzreform. Die „Freie Ztg.“ hat Erkundigungen über die Wahrheit dieser „Nachricht“ eingeholt. Sie hat aber bisher von allen Seiten nur gehört, daß die der Wahrheit aufs größte ins Gesicht schlägt. Mit der schamhaften Unterstellung fallen selbstverständlich auch alle Folgerungen, die der „geschätzte Korrespondent“ davon zu knäulen sucht.

— (Reichsweinsteuer.) Die in Mainz erscheinende „Beilagezeitung“ will aus wohlinformierter Quelle vernommen haben, daß man sich im Reichskanzleramt tatsächlich mit dem Gedanken einer Reichsweinsteuer vertraut macht.

Badischer Landtag.

(Von unserem Korrespondenten Bureau.)

1. Kammer. — 26. Sitzung.

7. Karlsruhe, 31. Juli.

Vizepräsident Dr. Bürklin eröffnet 9 Uhr 30 Min. vorm. die Sitzung.

Im Regierungsrath Ministerialpräsident Dr. Gonsell und Regierungskommissare.

Freiherr E. A. von Goeler berichtet zunächst über den Gesetzentwurf betr. die Steuererhebung in der Zeit vom 1. bis mit 16. August 1908. Der Gesetzentwurf wird in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Oberrichtermeister Dr. Winterer berichtet über den Gesetzentwurf betr. die Änderung des Gesetzes über den Staatsvoranschlag und die Verwaltung der Staatseinnahmen und Ausgaben (Etatgesetz) betr. Die große Regierung beabsichtigt, für eine der nächsten Landtagsperioden eine umfassende Neugestaltung des Etatgesetzes vorzubereiten. Wenn trotzdem noch dem gegenwärtigen Landtag eine Novelle zum genannten Gesetz vorgelegt worden ist, so ist der Grund in dem Umstand zu suchen, daß wenigstens diejenigen Änderungen sofort vorgenommen werden müssen, welche direkt durch die beiden Beamtengeetze notwendig geworden sind. Die Kommission beantragt, das Gesetz in der Fassung der Regierungsvorlage und mit den von der zweiten Kammer vorgenommenen Änderungen anzunehmen.

Finanzminister Gonsell: Aus dem Bericht der Kommission ist zu schließen, daß bei Beratung dieses Gesetzes der Kommission sonderliche Bedenken nicht zu über-

nur der augenblicklichen Notlage abhelfen und sofortigen Schutz gewähren. Daher sucht das Komitee der Liga den Schülern Arbeits- und Dienststellen zu verschaffen. Um sie auch während des Aufenthalts im Heim angemessen beschäftigen zu können, beabsichtigt die am das Heimgewerk sehr verdiente Generalsekretärin der Liga, Frau Celestine Bruns, eine Nähstube und eine Schreibstube damit zu verbinden.

Die Frau und die Politik.

Die italienische Kammer hatte bekanntlich vor einiger Zeit einen Antrag auf Einführung des politischen Frauenstimmrechts der Regierung zur Erwägung überwiesen. Ein von der Regierung eingeleiteter Ausschuss zur Prüfung dieser Frage hat sich nunmehr in zustimmendem Sinne geäußert.

Die American Federation of Labour hat durch ihren Präsidenten Comper den republikanischen Parteikonvent gegenüber das Frauenstimmrecht als eine der Programmforderungen der Arbeiterklasse bezeichnen lassen, die bei den bevorstehenden Präsidentenwahlen als Wahlparole gelten wird. — Im Staate Oregon ist die zu einem Initiativantrag auf Einführung des Frauenstimmrechts nötige Zahl von Unterschriften bereits gesammelt, so daß der im Vorjahr mit knapper Majorität abgelehnte Antrag wieder eingebracht werden kann.

In den Wahlen für das allgemeine Bundesparlament waren in Australien 1114 187 männliche und 399 375 weibliche Wähler qualifiziert. Von diesen waren 628 135 Männer und 431 033 Frauen ihr Wahlrecht auch wirklich aus. Die Wahlbeteiligung erscheint bei beiden Geschlechtern nur mäßig (etwa 54 Prozent resp. 44 Prozent), doch ist das Interesse für diese allgemeinen Wahlen (Federal vote) stets geringer als für die Wahlen zu den Parlamenten der Einzelstaaten.

winden gehabt hat, um zu ihrem Antrag zu kommen. Freilich hat die Kommission anerkannt, daß durch die Änderungen der Artikel 29—30a reichliche Mittel erschlossen werden, um den zur Ruhe gesetzten Beamten und Hinterbliebenen Beihilfen zu gewähren. Freilich ist beigelegt, daß man dieser Forderung zugestimmt hat, nachdem die Regierung jeden anderen Ausweg abgelehnt hat. Die Regierung wäre gern auf die Anregungen eingetreten, den jetzigen Versorgungsempfängern eine allgemeine Verbesserung zu gewähren. Sie hat auch Erwägungen und Berechnungen nach dieser Richtung hin angestellt; nach diesen aber konnte sie sich nicht entschließen, dem Mehraufwand für aktive Beamte noch eine weitere Million aufzujehen. Zumal dieser weitere Mehraufwand zum nicht geringen Teil auch solchen Personen zugeflossen wäre, die in bezuglicher Lebensstellung leben. In diesem Fall, wo es sich um Personen handelt, die dem Staate nicht mehr Dienste leisten, oder um Hinterbliebene, wird man wohl eine Unterscheidung nach Maßgabe der Bedürftigkeit zugeben müssen. Die Mittel, die nun ins Budget aufgenommen werden können, werden ausreichen, um den wirklich Bedürftigen ausreichende Mittel zu gewähren, was bei einer allgemeinen Verbesserung wahrscheinlich nicht möglich gewesen wäre.

Das Gesetz wird alsdann in namentlicher Abstimmung debattelos einstimmig angenommen.

Prinz zu Löwenstein berichtet über den Gesetzentwurf betr. die Militärwitwenkasse. Bezüglich des 1. Artikels gab es in der Kommission keine Verhandlungen. Was Artikel 2 anlangt, so wurde in den Verhandlungen der große Regierung mit der Kommission der zweiten Kammer der Wunsch mehrerer badischer Offiziere vorgebracht, welche Mitglieder der 1. Klasse der Militärwitwenkasse sind, von den Beiträgen zu dieser Kasse befreit zu werden. Von Seiten der Regierung wurde darauf hingewiesen, daß Gemeindefunktionäre, die früher Staatsbeamte waren, um sich die aus dieser Stellung erworbenen Ansprüche auf Hinterbliebenenversorgung zu erhalten, ihre Beiträge noch weiter zu entrichten hätten, da man sie als zum Staat in einem privaten Vertragsverhältnis stehend betrachtete. Dieser Standpunkt müsse jedenfalls gegenüber denjenigen Offizieren festgehalten werden, die gleichzeitig auch noch Mitglieder der preussischen Militärwitwenkasse seien, so daß also ein etwaiger Nachschuß nur denjenigen Offizieren gewährt werden könnte, die lediglich der badischen Militärwitwenkasse angehören. Es wurde sodann im Einverständnis der Kommission der zweiten Kammer mit der großen Regierung dem Gesetzentwurf der Artikel 3 beigelegt, wonach die Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen an die Militärwitwenkasse vom 1. Januar 1908 ab für diejenigen Mitglieder der 1. Klasse aufgehoben wird, denen ein öffentlich-rechtlicher Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung lediglich dieser Kasse gegenüber zusteht. Von einem Mitgliede der Kommission der ersten Kammer wurde vorgebracht, daß die in Frage kommenden badischen Offiziere den Wunsch ausgesprochen hätten, nicht bloß vom 1. Januar 1908 ab von der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen an die Militärwitwenkasse befreit zu werden, sondern auch die seit dem Jahre 1900 bezahlten Mitgliederbeiträge zurückzubekommen, um dadurch den badischen Beamten gleichgestellt zu werden, welche seit dem Jahre 1900 keine Beiträge zu den Kosten der Hinterbliebenenversorgung mehr zu leisten hatten. Dieser Wunsch erschien der Kommission nicht unangemessen, nachdem aber der Artikel 3 in der vorliegenden Fassung in der zweiten Kammer einstimmig genehmigt wurde, will auch die Kommission der 1. Kammer keine Schwierigkeiten bereiten und beantragt ebenfalls Genehmigung.

Finanzminister Dr. Gonsell gibt seiner Freude über die Zustimmung der Kommission zu dem Gesetzentwurf kund.

Ohne Debatte wird der Gesetzentwurf in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Bürgermeister Dr. Weiß berichtet über den Gesetzentwurf betr. die Änderung des Verlehrssteuerbeseßes, welche die vielfachen besonders in Mannheim wahrgenommenen Umgehungen des Gesetzes vom 8. Mai 1899 unmöglich machen soll. Von der zweiten Kammer wurde der Gesetzentwurf in seinen Grundzügen gebilligt, in mehreren Punkten aber abgeändert. Von der ersten Kammer wurde der Gesetzentwurf der Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen. Diese Kommission hat den Entwurf in zwei Sitzungen beraten und ist einstimmig zu dem Ergebnis gelangt, daß es sich empfehle, der Umgehung des Gesetzes durch entsprechende Abänderungen desselben vorzubeugen. Zweifel wurden aber geäußert, ob man nicht zu einer einschneidenden Renovation schreiten und die Steuer, soweit sie nicht auf den Aufschlag in einer Zwangsversteigerung sich gründet, prinzipiell an den obligatorischen Beitrag knüpfen sollte, oder auch, ob man etwa umgekehrt sie lediglich an den Grundbesitz eintragen knüpfen und daneben den obligatorischen Beitrag unter allen Umständen einer Stempelabgabe unterwerfen sollte. Aber

Villige Wohnungen für arbeitende Frauen.

Im Jahre 1906 erhielt die Stadtgemeinde Stockholm eine Schenkung von einer halben Million Mark zur Aufführung billiger Wohnungen, die hauptsächlich für Frauen bestimmt sein sollten, die sich durch ihre eigene Arbeit ernähren. Was etwas von der Summe übrig blieb, sollte von der Stadtgemeinde verwaltet und den Einnahmen aus den auszuführenden Häusern hinzugelegt werden, um allmählich Mittel zur Aufführung von noch mehr Häusern zu gewinnen.

Im Häuserviertel Vallbyrön sind nunmehr zwei solcher Gebäude fertiggestellt und in Gebrauch genommen worden. Die Gebäude, die in jeder Beziehung vorzüglich eingerichtet sind, haben etwa 400 000 Mark gekostet. Sie bestehen aus einem fünfstöckigen Hause nach der Straße und einem vierstöckigen Hause nach dem Hofe zu. Alle Wohnungen haben Zentralheizung; auf dem Boden sind die Wärmestrahler, im Keller Badezimmern. Es sind im ganzen in jedem Hause 140 Zimmer. 19 Küchen sind auf 118 je aus einem Zimmer bestehende Wohnzimmern verteilt; die übrigen Wohnungen bestehen aus einem Zimmer und eigener Küche. In jeder Wohnung gehört ein kleiner Vorrat sowie Garderobe, auch ein ganz kleiner Raum, worin das Essen zubereitet werden kann. Dieser kleine Raum ist mit Fenster, Wasserleitung und Gaskanal versehen.

Die Wohnungen zu einem Zimmer werden an Mieter mit Kindern für 180 Mark jährlich vermietet. Für Zimmer, die von zwei Personen bewohnt werden, beträgt die Jahresmiete 168 bis 204 Mark jährlich. Hierin ist die Heizung inbegriffen. Die jährliche Einnahme aus Miete beträgt 23 000 Mark, die Ausgaben belaufen sich auf 20 000 Mark, so daß jährlich 14 000 Mark als Fonds zum Erwerb ähnlicher Gebäude zurückgelegt werden können.

ein Antrag wurde weder im einen noch anderen Sinne gestellt, vielmehr lediglich der Entwurf als Grundlage für die künftige Gestaltung des Gesetzes im allgemeinen annehmbar gefunden. Dagegen hat die Kommission der Fassung der zweiten Kammer nicht allen Teilen beitreten können. Redactionelle Änderungen nahm sie bei den Paragr. 1 und 3 vor. Paragr. 3b sichert nach dem bisherigen Gesetz für alle Fälle der Zwangsversteigerung, dem Erwerber Steuerfreiheit zu, soweit das erworbene Grundstück zu seinen Gunsten oder zugunsten seines Ehegatten mit einer Hypothek, einer Grund- oder Rentenschuld belastet ist. Der Vermögensentwurf schränkte in einem neuen Abs. 2 diese Befreiung ein, in dem er sie wegfallen ließ für solche Fälle, in denen die Hypothek, Grund- oder Rentenschuld erst nach Anordnung der Zwangsversteigerung eingetragen oder auf dem Erwerber oder seine Ehefrau übertragen wurde. Die zweite Kammer beschloß im Hinblick auf Fälle, in denen Dritte, insbesondere Verwandte aus Mitleidenschaft für den in Zwangsvollstreckung geratenen Schuldner die auf dem Objekt haftenden Hypotheken u. s. w. auflösen und als Steigerer auftreten, den neuen Absatz zu streichen. Die Kommission der 1. Kammer war der Ansicht, daß Fälle der ebenbeschriebenen Art doch die Ausnahme bilden, und daß ihnen im Gnadenweg Rechnung getragen werden könne, daß dagegen Fälle, in denen der Steigerungslustige die Hypotheken erwirbt, um bei Erlangung des Zuschlags die Steuer ganz oder teilweise zu sparen, häufiger seien. Sie beantragte demgemäß, den im Regierungsentwurf gegebenen neuen Absatz wieder herzustellen. Schließlich stellt die Kommission den Antrag, daß Gesetz in der von der Kommission bewirkten Fassung anzunehmen.

Ges. Rat 2. u. 3.: Das Gesetz ist eine Verbesserung, indem es einen Kapitalfehler des bisherigen Gesetzes beseitigt. Trotzdem habe ich an dem Gesetz vieles anzusetzen. Vor allem unterliegt auch dieses Gesetz wieder, klipp und klar an die Spitze zu setzen, was Gegenstand der Besteuerung ist. Dagegen steht an der Spitze: Der Versteigerer unterliegt die Erwerbung des Eigentums an einem im Zwangsversteigerung gelegenen Grundstück durch Zuschlag in einer Zwangsversteigerung. Als ob in Baden die Zwangsversteigerung das Normale wäre. (Weiter.) Wenig glücklich halte ich auch den Zusatz in Paragr. 1 Abs. 2, daß doch nicht die Gesetze getroffen werden, wo es sich um ein Auftragsverhältnis handelt. Die gesetzliche Bestimmung in Paragr. 1 Abs. 2, welcher der Regierungsbereiter noch ein Rechtswort gewidmet hat, halte ich geradezu für eine juristische Ungeheuerlichkeit. Auch gefällt mir der letzte Absatz im Paragr. 1 nicht. Der Gesetzgeber sollte eben nur dann sprechen, wenn er etwas Bestimmtes zu sagen hat. Dagegen wird aber fortgesetzt durch den Gesetzgeber verstoßen. Die Versteigerung unterliegt überhaupt an einer großen Unbilligkeit, deshalb reagiert der Versteigerer in la erbitterter Weise gegen dieses Gesetz. Wir bestreuen zu Unrecht die Wirtschaftsgüter; denn wir haben keine Profiteure. Es kommen aber auch Wirtschaftsgüter ohne Profit vor, gleichwohl aber wird die volle Versteigerung erhoben.

Darauf wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Frhr. v. A. v. Goecker berichtet über den Gesetzentwurf betr. das Höchstmaß der allgemeinen Kirchensteuer. Der vorliegende Gesetzentwurf kann als eine durch die gegenwärtige wirtschaftliche und finanzielle Lage der beiden großen Kirchen des Landes gebotene Ergänzung zu dem Gesetz betr. die Aufhebung gering beschaffter Pfrarrer und Staatsmitteln betrachtet werden, indem durch ihn einige Bestimmungen des Landeskirchensteuergesetzes vom 20. Nov. 1906 abgeändert werden sollen. Er bildet das jüngste Glied der langen Reihe staatlicher Gesetze, welche mit dem Jahre 1876 beginnend, sich die Aufhebung der Kirchen zur Aufhebung der Befolgung ihrer Pfrarrer Zuschüsse aus Staatsmitteln zu gewöhnen. Das Gesetz der beiden Kirchen, den staatlichen Zuschuß zur Aufhebung der Pfrarrer Befolgung um eine namhafte Summe zu erhöhen, wurde bekanntlich von Regierung und Volksvertretung abgelehnt. Dagegen soll durch Heraushebung der in Artikel 15 des Landeskirchensteuergesetzes gestellten Obergrenze der Kirchen ermöglicht werden, erforderlichenfalls weitere Mittel durch Erhöhung der Steuerlast der allgemeinen Kirchensteuer aufzubringen. Mit kleinen Änderungen hat die 2. Kammer den Gesetzentwurf genehmigt. Der katholische Oberkirchenrat hat nach Beschlußfassung der zweiten Kammer den Vorbehalt geäußert, daß das Gesetz in § 2 dahin zu ändern, daß die Worte „das fünfundzwanzigste“ ersetzt werden durch die Worte „in die des 2. Absatzes“. Weiter soll durch einen neuen § 3 bestimmt werden: „In der katholischen Kirche darf für das Jahr 1909 die allgemeine Kirchensteuer auf einen Pfennig Vermögenssteuer und Pfennig Vermögenssteuer festgesetzt werden.“ Die Änderung des § 2 will, indem sie an Stelle der starren Verhältniszahl eine bewegliche setzt, den Kirchen eine größere Bewegungsfreiheit gewähren, außerdem aber rechtlichen Schwierigkeiten vorbeugen, die sich beim Vollzug des Gesetzes aus der Notwendigkeit, die Steuer aus Steuerförmern mit mehreren Dezimalstellen zu berechnen, ergeben könnten. Der neue § 3 ist der Ermöglichung entsprungen, daß zufolge der ungleichmäßigen Dauer der Voranrechnungsperioden in den beiden großen Kirchen des Landes und des § 2 des Gesetzes, die Kirchensteuern betr., vom 20. Nov. 1906 die evangelische Kirche durch das Staatsgesetz nicht genötigt ist, schon für das Jahr 1909 den bisherigen Steuerfuß von 20 Pf. Einkommensteuer zu erhöhen, und bescheidet, der katholischen Kirche zu ermöglichen, aus ihrerseits für 1909 es bei dem bisherigen Steuerfuß von 20 Pf. für die Einkommensteuer zu belassen. Seitens der evangelischen Kirche ist Einwendung nicht erhoben. Die Staatsregierung kann sich mit den vorgeschlagenen neuen Bestimmungen einverstanden erklären, um dem Vernehmen nach werden sie, wenn das Gesetz nochmals in die 2. Kammer gelangt, voraussichtlich deren Zustimmung finden. Der Antrag der Kommission geht auf Genehmigung des Gesetzes in der von der Kommission vorgeschlagenen abgeänderten Fassung.

Frhr. v. La Roche reist die Frage an, ob nicht die Kirchensteuer gleichzeitig mit der Staats- bzw. der Gemeindesteuer erhoben werden kann, damit die vielen Steuerzettel weggelassen. Staatsminister **Freiherr v. Dufsch** bittet, dem Gesetzentwurf einstimmig zuzustimmen. Was die Anregung von La Roche anlangt, so ist anknüpfend daran gedacht worden, man ist aber in Uebereinstimmung mit den beiden Kirchen dazu gelangt, die Steuern durch die Kirchen erheben zu lassen. Eine Organisationsänderung empfiehlt sich im beiderseitigen Interesse nicht.

Darauf wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Ges. Rat 2. u. 3.: Das Gesetz ist eine Verbesserung, indem es einen Kapitalfehler des bisherigen Gesetzes beseitigt. Trotzdem habe ich an dem Gesetz vieles anzusetzen. Vor allem unterliegt auch dieses Gesetz wieder, klipp und klar an die Spitze zu setzen, was Gegenstand der Besteuerung ist. Dagegen steht an der Spitze: Der Versteigerer unterliegt die Erwerbung des Eigentums an einem im Zwangsversteigerung gelegenen Grundstück durch Zuschlag in einer Zwangsversteigerung. Als ob in Baden die Zwangsversteigerung das Normale wäre. (Weiter.) Wenig glücklich halte ich auch den Zusatz in Paragr. 1 Abs. 2, daß doch nicht die Gesetze getroffen werden, wo es sich um ein Auftragsverhältnis handelt. Die gesetzliche Bestimmung in Paragr. 1 Abs. 2, welcher der Regierungsbereiter noch ein Rechtswort gewidmet hat, halte ich geradezu für eine juristische Ungeheuerlichkeit. Auch gefällt mir der letzte Absatz im Paragr. 1 nicht. Der Gesetzgeber sollte eben nur dann sprechen, wenn er etwas Bestimmtes zu sagen hat. Dagegen wird aber fortgesetzt durch den Gesetzgeber verstoßen. Die Versteigerung unterliegt überhaupt an einer großen Unbilligkeit, deshalb reagiert der Versteigerer in la erbitterter Weise gegen dieses Gesetz. Wir bestreuen zu Unrecht die Wirtschaftsgüter; denn wir haben keine Profiteure. Es kommen aber auch Wirtschaftsgüter ohne Profit vor, gleichwohl aber wird die volle Versteigerung erhoben.

Darauf wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Geistlichen der beiden, mit den Rechten einer öffentlichen Corporation ausgestatteten christlichen Kirchen, ihnen trotz des Mangels einer äußeren Zwangsgewalt einen amtlichen Einfluß sichert, mit dem — wenn auch nicht in allen Punkten zutreffend — die Amtsgewalt der öffentlichen Beamten, die der Paragr. 339 Reichsstrafgesetzbuch ebenfalls wegen Mißbrauchs ihrer Amtsgewalt oder Androhung eines bestimmten Mißbrauchs mit Strafe bedroht, wohl in Vergleich gebracht werden kann. Eine gewisse Berechtigung ist dagegen dem gegen die Bestimmung des Paragr. 16b. a. erhobenen Einwand, daß sie die Diener der Kirche in schweren Konflikt mit der ihnen gebotenen geistlichen Amtspflicht, so namentlich auf dem Gebiete des kirchlichen Ehestandes, zu bringen geeignet sei, nicht zu verjagen. Auch die Befreiung der Strafbarkeit bloßer geistlicher Versprechungen oder Drohungen, deren begriffliche Unbestimmtheit schon ihre strafrechtliche Verwertung erschwert, kann die Kommission ebenso wie die Aufhebung des die Anwendung der kirchlichen Autorität zur Einwirkung auf die Wahlberechtigten mit Strafe bedrohenden Paragr. 16c. künftig auch dem Mißbrauch der Kanzel zur Beeinflussung öffentlicher Wahlen nicht mehr mit Erfolg begegnet werden könne, und daß deshalb erwägenswert erscheine, ob sich nicht für den jetzigen unhaltbaren Wortlaut des Paragr. 16c. eine Fassung finden lasse, durch die einerseits die ungehinderte Betätigung der staatsbürgerlichen Rechte der Geistlichen sicher gestellt, andererseits aber den nicht unter den neuen Paragr. 16b. fallenden kirchlichen Übergriffen in die freie Selbstbestimmung der Wahlberechtigten vorgebeugt werde, erscheint durchaus beachtenswert. Die Kommission ist jedoch von Stellung eines Antrages hierwegen ab. In Frage könnte noch kommen, ob die jetzt allein noch übrig bleibende Bestimmung des Paragr. 16b. in seiner neuen Fassung folgerichtig nicht auch auf den Mißbrauch der kirchlichen Disziplinargewalt gegenüber bereits erfolgter Wahlabschließung, wie dies im zweiten Satz des jetzigen Paragr. 16b. b. vorgesehen ist, auszudehnen sei.

Da in dem anderen Hohen Hause hiervon Umgang genommen worden ist, fällt dieser Art auch wohl nur zu den kleineren und überdies schwer nachweisbaren Geboten werden, hat auch die Kommission der 1. Kammer seinen Anlaß gefunden, dieser Frage näher zu treten. Die Kommission, von der Ansicht geleitet, daß die neu gestaltete Strafbestimmung des § 16b. ausreichende Gewähr gegen zweifelslosen Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt zu politischen Zwecken gebe, ohne andererseits durch zu allgemeine und bedenkliche Tatbestandsmerkmale schwer zu vermeidenden neuliegenden Mißgriffen eine Handhabe zu bieten, kommt hierauf zu dem Antrag, dem Gesetz in der Fassung der 2. Kammer zuzustimmen.

Präsident dankt für seine Zustimmung zu den Kommissionsanträgen. In der evangelischen Kirche hat nur ein Fall die Anwendung dieses Gesetzes nötig gemacht. Im Jahre 1878 hat auch die Kirchenbehörde Anweisung an die Geistlichen hinausgegeben, betr. die politische Betätigung derselben. Es ist darauf hingewiesen, daß der Geistliche über den Parteien zu stehen habe. Diese Bestimmungen werden auch fernerhin bestehen. Als einer, der es mit Staat und Kirche gleich gut meint, möchte ich von Herzen wünschen, daß auf Grund des Beschlusses, den wir heute fassen, die schweren Veränderungen der letzten Zeit monatelang aufgehoben werden. Es wäre dies das Schönste, was aus diesen Verhandlungen hervorgehen könnte.

Staatsminister **Freiherr v. Dufsch**: Ich kann mich darauf beschränken, dem Versteigerer meinen Dank auszusprechen und zu erklären, daß die Regierung dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmt. Die Regierung hofft, daß der Gesetzentwurf so werden möge, wie das schon Präsident **Seiler** in so schönen Worten ausgesprochen hat.

Darauf wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung: die Abänderung des Postgesetzes, wird von der Tagesordnung abgesetzt und nochmals in die Kommission zurückverwiesen.

Grav. v. Helmstatt berichtet über den Gesetzentwurf betr. die Versicherung gegen Hagelschaden. Die Kommission der 1. Kammer hat sich den Änderungen der zweiten Kammer angeschlossen. Auch was die Erleichterung einer Landeshaushaltsversicherungsanstalt anlangt, für welche in der zweiten Kammer mehrere Nebenberufungen eingebracht sind, nimmt die Kommission der ersten Kammer keinen abschließenden Standpunkt ein, glaubt jedoch den Augenblick der Bewürdigung eines derartigen Projektes als noch in weiter Ferne liegend. Die Kommission beantragt, dem Gesetzentwurf in der von der zweiten Kammer beschlossenen Fassung zuzustimmen.

Präsident dankt für seine Zustimmung zu den Kommissionsanträgen. In der evangelischen Kirche hat nur ein Fall die Anwendung dieses Gesetzes nötig gemacht. Im Jahre 1878 hat auch die Kirchenbehörde Anweisung an die Geistlichen hinausgegeben, betr. die politische Betätigung derselben. Es ist darauf hingewiesen, daß der Geistliche über den Parteien zu stehen habe. Diese Bestimmungen werden auch fernerhin bestehen. Als einer, der es mit Staat und Kirche gleich gut meint, möchte ich von Herzen wünschen, daß auf Grund des Beschlusses, den wir heute fassen, die schweren Veränderungen der letzten Zeit monatelang aufgehoben werden. Es wäre dies das Schönste, was aus diesen Verhandlungen hervorgehen könnte.

Staatsminister **Freiherr v. Dufsch**: Ich kann mich darauf beschränken, dem Versteigerer meinen Dank auszusprechen und zu erklären, daß die Regierung dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmt. Die Regierung hofft, daß der Gesetzentwurf so werden möge, wie das schon Präsident **Seiler** in so schönen Worten ausgesprochen hat.

Darauf wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung: die Abänderung des Postgesetzes, wird von der Tagesordnung abgesetzt und nochmals in die Kommission zurückverwiesen.

Grav. v. Helmstatt berichtet über den Gesetzentwurf betr. die Versicherung gegen Hagelschaden. Die Kommission der 1. Kammer hat sich den Änderungen der zweiten Kammer angeschlossen. Auch was die Erleichterung einer Landeshaushaltsversicherungsanstalt anlangt, für welche in der zweiten Kammer mehrere Nebenberufungen eingebracht sind, nimmt die Kommission der ersten Kammer keinen abschließenden Standpunkt ein, glaubt jedoch den Augenblick der Bewürdigung eines derartigen Projektes als noch in weiter Ferne liegend. Die Kommission beantragt, dem Gesetzentwurf in der von der zweiten Kammer beschlossenen Fassung zuzustimmen.

Präsident dankt für seine Zustimmung zu den Kommissionsanträgen. In der evangelischen Kirche hat nur ein Fall die Anwendung dieses Gesetzes nötig gemacht. Im Jahre 1878 hat auch die Kirchenbehörde Anweisung an die Geistlichen hinausgegeben, betr. die politische Betätigung derselben. Es ist darauf hingewiesen, daß der Geistliche über den Parteien zu stehen habe. Diese Bestimmungen werden auch fernerhin bestehen. Als einer, der es mit Staat und Kirche gleich gut meint, möchte ich von Herzen wünschen, daß auf Grund des Beschlusses, den wir heute fassen, die schweren Veränderungen der letzten Zeit monatelang aufgehoben werden. Es wäre dies das Schönste, was aus diesen Verhandlungen hervorgehen könnte.

Staatsminister **Freiherr v. Dufsch**: Ich kann mich darauf beschränken, dem Versteigerer meinen Dank auszusprechen und zu erklären, daß die Regierung dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmt. Die Regierung hofft, daß der Gesetzentwurf so werden möge, wie das schon Präsident **Seiler** in so schönen Worten ausgesprochen hat.

Darauf wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung: die Abänderung des Postgesetzes, wird von der Tagesordnung abgesetzt und nochmals in die Kommission zurückverwiesen.

Grav. v. Helmstatt berichtet über den Gesetzentwurf betr. die Versicherung gegen Hagelschaden. Die Kommission der 1. Kammer hat sich den Änderungen der zweiten Kammer angeschlossen. Auch was die Erleichterung einer Landeshaushaltsversicherungsanstalt anlangt, für welche in der zweiten Kammer mehrere Nebenberufungen eingebracht sind, nimmt die Kommission der ersten Kammer keinen abschließenden Standpunkt ein, glaubt jedoch den Augenblick der Bewürdigung eines derartigen Projektes als noch in weiter Ferne liegend. Die Kommission beantragt, dem Gesetzentwurf in der von der zweiten Kammer beschlossenen Fassung zuzustimmen.

Präsident dankt für seine Zustimmung zu den Kommissionsanträgen. In der evangelischen Kirche hat nur ein Fall die Anwendung dieses Gesetzes nötig gemacht. Im Jahre 1878 hat auch die Kirchenbehörde Anweisung an die Geistlichen hinausgegeben, betr. die politische Betätigung derselben. Es ist darauf hingewiesen, daß der Geistliche über den Parteien zu stehen habe. Diese Bestimmungen werden auch fernerhin bestehen. Als einer, der es mit Staat und Kirche gleich gut meint, möchte ich von Herzen wünschen, daß auf Grund des Beschlusses, den wir heute fassen, die schweren Veränderungen der letzten Zeit monatelang aufgehoben werden. Es wäre dies das Schönste, was aus diesen Verhandlungen hervorgehen könnte.

Staatsminister **Freiherr v. Dufsch**: Ich kann mich darauf beschränken, dem Versteigerer meinen Dank auszusprechen und zu erklären, daß die Regierung dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmt. Die Regierung hofft, daß der Gesetzentwurf so werden möge, wie das schon Präsident **Seiler** in so schönen Worten ausgesprochen hat.

Darauf wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung: die Abänderung des Postgesetzes, wird von der Tagesordnung abgesetzt und nochmals in die Kommission zurückverwiesen.

noch im Zusammenhang mit den neuesten militärischen Aufgaben, die der Großherzog übernommen hat, stehen.

In den Ruhestand versetzt wurde Oberleutnant **Emil Nichte** in an der Realakademie in Sinsheim.

Eine sozialdemokratische Parteiversammlung, die, wie die „Volksstimme“ ausführt, nur mäßig besucht war, fand gestern Abend im Weinwirtschaftshaus statt. „Vochstien“ **Beck**, so berichtet das Blatt, fand die Mitteilung, daß nunmehr das Ministerium definitiv den Verlauf der „Volksstimme“ auf dem hiesigen Bahnhof angelassen habe. Am 1. August können die Reisenden in der Bahnhofsanbahnung die Zeitung ebenso kaufen, wie jedes andere bürgerliche Blatt. Mannheim ist somit die erste Stadt in Deutschland, in dessen Bahnhof eine sozialdemokratische Zeitung feilgeboten wird.

Vom deutschen Luftflottenverein. Wie berichtet, wird Ende September Dr. **Edener** im Auftrag und im Beisein des Grafen **Reppelin** im hiesigen Luftflottenverein einen Vortrag halten. Dr. **Edener** hat sein großes Wissen schon seit vielen Jahren dem Luftschiffbau unterworfen des Grafen **Reppelin** gewidmet.

Von der Handelshochschule. Das schon erwähnte Vorlesungsverzeichnis der Mannheimer Handelshochschule für das Wintersemester 1908/09 zeigt eine ganz erhebliche Erweiterung des Lehrplans an. In der Volkswirtschaftslehre kommen neu hinzu Vorlesungen über Einführung in das Studium der Nationalökonomie an der Handelshochschule, über Geschichte der Nationalökonomie, Öffentlichen Kredit, Allgemeine und besondere Versicherungswesen, eine Einführung in die Sozialpolitik, weitere Vorlesungen betr. Handelsrecht über Arbeiterinnenfrage, Statistik, Soc. und Völkerehre, über Aktuelle Probleme der Welt- und Völkerehre, über Neuere wirtschaftliche Gesetzgebung, ferner über Reichssteuer- und Zollwesen und vier weitere Stunden seminarischer Übungen. Die Vorlesungen in der Handelswissenschaftlichen durch einen vierstündigen Unterricht der Handelsbetriebslehre erweitert worden, der Lehrplan der Rechtslehre ist durch Vorlesungen über Konsumrecht mit anschließenden Übungen, über Hypothekrecht, über den Kaufmannsbrief und gemeinlichen Dienstvertrag ausgebaut. An öffentlichen Vorlesungen ist eine solche **Winkelmanns** über Probleme der Erkenntnistheorie und von **Wohle** über die neuere Kulturgeschichte Spaniens vorgesehen; auch Geheimrat **Arzehl**, der Direktor der medizinischen Klinik unserer Nachbaruniversität, hat die Übernahme einer Vorlesung in sichere Aussicht gestellt. Außer diesen öffentlichen Vorlesungen sind eine Reihe von Spezialvorlesungen dem großen Publikum zugänglich und im Vorlesungsverzeichnis als solche besonders kenntlich gemacht worden. Der Stundenplan hat dadurch eine einschneidende Veränderung erfahren, daß der Tagesunterricht erheblich erweitert worden ist. Wie schon früher gemeldet, sind zwei hauptamtliche Dozenten der Volkswirtschaftslehre für die Handelshochschule gewonnen worden, während die Handelswissenschaftlichen durch den Eintritt des Großhändlerinspektors **Professor Schöpp** in das Dozentenkollegium einen weiteren rühmlichst bekannten Vertreter gewinnen. Das als erster weiblicher Hochschuldozent in Deutschland Frau Dr. **Kilmann-Gottschewer** im Winter an der Mannheimer Handelshochschule lesen wird, ist gleichfalls schon mitgeteilt worden.

Das Gassenfest, das die Mannheimer Liedertafel gestern Abend unter Mitwirkung der Grenadierkapelle im Friedrichspark veranstaltete, nahm bei ausgezeichnetem Besuche einen vorzüglichen Verlauf. Alle verfügbaren Tische und Stühle wurden aus dem Saale in den Garten verbracht und trotzdem reichte die Sitzgelegenheit nicht aus, so daß viele zum Kommen genötigt wurden. Der größte Andrang herrschte in der Nähe des Musikpavillons. Da fand die Menge Kopf an Kopf und Lausche mit Entzünden den prachtvollen Kostümen der hiesigen Sängerschaft, die unter Herrn **Witt**, Direktor **Witt** und **Witt** mehrerer Ertüchtigung eine Serie von a capella Chören in der gewohnten Weise sang. Von Neuem durfte man sich an der Kraft und Hülle der Vorträge an dem Schmelz und der Schönenheit der Mehrzahl des Stimmmaterials u. an der hervorragenden Technik unserer ältesten Gesangsvereine erfreuen. Man bekam zu hören: „Weidliche Liebe“ von Reines, „Heil dir, mein Vaterland“ und „Im tiefsten Wald“ von Spelbal, „Rosenzeit“ von Biele, „Ewig liebe Heimat“ von Becu und „Santa Lucia“ von Jüngst. Am hervorragendsten wurde unstreitig der Schlußchor gesungen. Das war eine Monstrierung, die so härmischen Weill ausfüllte, daß der Chor seinen Sängerspruch **capo** gab. Wenn die Liedertafel dieses Lied auf ihrer Sängereise so schön, so schmelzend und mit so inniger Empfindung gesungen hat, dann kann man es begreiflich finden, daß sie überall so enthusiastisch aufgenommen worden ist. Die Leistungen unserer Grenadierkapelle fanden den vollen Beifall der Zuhörer in keiner Weise nach. Wir haben zu unserer Freude schon wiederholt konstatiert können, daß die künstlerischen Leistungen der Grenadierkapelle sich in einer ständig aufsteigenden Richtung bewegen u. daß wir wirklich nicht nötig haben, uns Kapellen aus anderen Städten zu beschaffen. Auch gestern führte Herr **Kapellmeister Kollmer** wieder sein Programm mit einer ganz hervorragenden Aufführung durch und belaste infolgedessen ebenfalls reichlich Weill ein. Der prächtige Sommerabend, der den Aufenthalt in dem Erfrischung und Abkühlung spendenden Park so außerordentlich genussvoll gestaltet, verleiht viele, selbst noch das Tändeln abzuwarten, das im Saale der überaus gelungenen Veranstaltung den Abschluß gab. Der Volksfestbetrieb klappte wieder tadellos.

Die Erziehungsanstalt für katholische Mädchen in Nüßtal, welche zur Zeit 95 arme, verwahrloste Kinder und auch Zwangsjünger in Obhut hat, feierte am Mittwoch die Einweihung und den Beginn der Erweiterungsbau, welcher die neue Küche, den Speisesaal und sehr lustige, feste Schalksäle enthält, wodurch für die große Anzahl Kinder gesunde Räume geschaffen wurden. Stadtpfarrer **Kriegelinger** gab dem Bau die feierliche Weile und hielt eine zu Herzen gehende Ansprache an die Kinder, welche die Feier mit frommen Gesängen begleiteten. Den Kindern wurde so dann durch Chokolade und Kuchen eine besondere Freude bereitet. Mit Spiel, Rehen und Gefängen vertrieb sich die mürrische Scher die Zeit. Es war eine Lust zu sehen, wie gut: Obhut, Erziehung und Pflege die Schwestern in opfervoller Arbeit den Kindern angedeihen lassen. Durch reiche Gaben verschiedener Wohlthäter von Mannheim war es dem Vorhange auch ermöglicht, die innere notwendige Einrichtung, insbesondere an neuen Betten, Schränken, zu beschaffen. Dankbar wurde ihres gedacht. Möge Gottes Segen weiter auf der Anstalt ruhen!

Aus dem Schöffengericht. Ein Schuttmann hatte am 30. Juni den Tagelöhner **Andolf Ried**, wohnhaft in der Mittelstraße, zur Polizeiwache zu verdingen. Ried zeigte sich derartig widerständig, daß ihm fast sämtliche Kleider vom Leibe gezogen wurden. In der Drahtstraße gefiel sich der Tagelöhner **Bernhard Wiegert** von Bierheim zu der Gruppe der Reuefertigen. Als er den Kampf des Schuttmannes mit dem Widerstrebenden bemerkte, nahm er sofort gegen den Beamten Partei und schlug ihm einen harten Schüttelstein auf den Kopf, wodurch eine blutende Verletzung entstand. Das Schöffengericht befürchtet Wiegert, der erst vor 3 Tagen am Schöffengericht eine Strafe erhielt und erheblich vorbestraft ist, eine Gefängnisstrafe von 10 Wochen. — Der Tagelöhner **Christian Koch**, welcher erst am letzten Montag vom Schöffengericht wegen eines gemeinen Diebstahls — einer armen Frau half er ihre ganze Wäsche von 300 M. aus einer Kiste — zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, erhielt gestern noch einen Monat dazu, weil er in einem Haus der Untermannstraße dem Tagelöhner **Heinrich Rager** mit einem geschlossenen Taschenmesser auf den Kopf schlug und ihn verletzete. 1 Monat der Untersuchungshaft wurde ihm angedreht. — „Der Eintracht“ ist der Name der Wirtshaus in Nüßtal, in der sich der Tagelöhner **Heinrich Rager** und der Linder **Adam Rait** und der Arbeiter **Joh. Rait** die Köpfe verschlugen. Kreuzer

Aus Stadt und Land.

• Mannheim, 30. Juli 1908.

Der Großherzog hochschiffte im nächsten Monat zunächst die beiden Regimenter im Elsaß, zu dessen Chef er in den letzten Tagen ernannt wurde (das württembergische Nr. 126 in Straßburg und das 8. bayrische in Metz), zu besichtigen und im Anschluß daran dem Kaisermandat und der großen Kofferboxe am 29. August auf dem Rheingebirg bei Straßburg beizubringen. Die Ernennung eines Mitglieds des preussischen Kriegsministeriums zum Flügeladjutanten des Großherzogs dürfte, wie die „Straßb. Post“ schreibt,

eröffnete die Feindseligkeiten, indem er dem Schloßer Christian Hertwech zuerst mit der Hand ins Gesicht schlug. Als Hertwech den Schlag nicht ruhig einwirkte, folgte noch ein Hieb mit einem Bierglas seitens des Kreuzer. Dann bekam auch der Rühler Adam Kalt von letzterem einen Hieb mit einem Sodawasserfläschchen. Kalt quittierte den Hieb durch einen Schlag mit einem Bierglas. Der Parteigänger des Kreuzer, Lukas, schlug hierauf Kalt ebenfalls mit einer Sodawasserflasche auf den Kopf. Der Urheber des Streites, Kreuzer, wird zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt. Die beiden anderen Angeklagten erhalten je 10 M. Geldstrafe. — Das Kessel spielte eine Rolle bei dem Kampfe zwischen dem Rühler Johann Schneider und Philipp und Johann Schröder. Vater und Sohn, am 30. Juni auf der Ortstraße in Käferthal. Als der angegriffene junge Schröder seinen Stuhl im Rücken hatte, erschlug der Vater Schröder, um seinem Sohne beizustehen und beide gingen nun mit eisernen Mauerflämmern und durch Werfen mit Backsteinen auf Offensiv über. Die beiden Schröder kamen mit einem Freispruch davon, weil Notwehr angenommen wurde. Joh. Schneider wurde zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurteilt.

Aus dem Großherzogtum.

* Bonndorf, 30. Juli. Die im Bezirkspital bedienstete Johann Rucher von Oberkirch wurde am Montag bei ihrer Feldarbeit von einem Handwerksburschen überfallen, der ihr das Vesperbrot und Geld abberlangte; als sie sich weigerte, stieß er ihr ein Taschenmesser vor die Brust. Glücklicherweise wurde das Mädchen nicht verletzt, obwohl der Stich durch die Kleidung bis auf die Haut ging.

* Karlsruhe, 29. Juli. Am 23. und 24. Juli fand in der bekannten Privat-Realschule (Pensionat) von Dr. Klähn zu Waldkirch i. B. die mündliche Abgangsprüfung statt, mit dem glänzenden Ergebnis, daß alle 35 Schüler der Klasse I die Prüfung bestanden und dadurch das Zeugnis über die wissenschaftliche Befähigung zum einjähr.-freiwill. Dienst erhielten.

* Altheim, 30. Juli. Die Brauerei Niedermeyer, über der das Konsumvermögen schwand, ist von der Aktienbrauerei zum Pfister (J. Ehrhardt) in Straßburg-Schiltigheim zum Preise von 161 000 M. erworben worden. Da das Anwesen zu 870 350 M. angeschlagen war, gehen 170 000 M. verloren.

* Unterharmersbach, 30. Juli. Bei der Ausschreibung der Arbeiten zur Einfriedigung des neuen Schulhauses, die auf 2500 M. veranschlagt waren, machte die Offenburg-Schloßerei Franz Schmid ein Angebot von rund 1000 M. (!) Sie erhielt den Zuschlag.

* Herrenalb, 30. Juli. Die neue Automobilverbindung von Wildbad über Herrenalb nach Baden-Baden findet so starken Zuspruch, daß noch ein weiterer Wagen mit 23 Sitzen in Dienst gestellt werden mußte.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

* Darmstadt, 29. Juli. Die Liebesgabe der teils aus den Liebesgaben der Gartenbauausstellung 1906, teils aus freiwilligen Spenden auf dem Außenplatz dahier errichteten beiden Brunnen fand heute Vormittag in Anwesenheit des Großherzogs, der mit dem Hofmarschall und einem Ordnungsoffizier in Uniform mit seinem Automobil erschienen war, in feierlicher Weise statt. Zu gleich waren anwesend die Kinder Groß und Brann, Geheimrat von Biegeleben, Geh. Hofrat Rühl, Oberbürgermeister Wilmanns, die Mitglieder des Gartenbauvereins und der Handelskammervereins, welche die 1906er Ausstellung veranstaltet hatten, sowie eine Reihe von Stadtoberordneten und Spender, welche zu den Kosten beigetragen hatten. Der Vorsteher des Komittees für die künstlerische Ausgestaltung des Parkplatzes, Bürgermeister Dr. Gläffing, dankte in seiner Ansprache an erster Stelle dem Förderer des Unternehmens, dem Großherzog, ferner dem Schöpfer des Brunnenprojekts, dem auf ärztliche Anordnung nicht erschienenen Professor Ulrich, den staatlichen und bürgerlichen Behörden, den Spendern, sowie den Mitgliedern des Komitees für ihre Mitarbeit. Er übergab dann die Brunnen dem Oberbürgermeister Morneweg in den Schutz der Stadt, worauf dieser mit Dankworten erwiderte und ein Hoch auf den Großherzog ausbrachte. Es folgte eine Besichtigung der Brunnen, welche nunmehr in Tätigkeit gesetzt wurden. Sie kosten ca. 32 000 M. und bestehen aus einem 50 cm. hohen Brunnenbassin aus rotem Sandstein von ca. 8 Meter Durchmesser. In der Mitte erhebt sich ein Sandsteinpfeiler mit vier vergoldeten Figuren aus Bronze, auf welchen die Brunnenbecken aus handgetriebenem Kupfer mit je 8,50 Mtr. Durchmesser sich erheben. In die Pfeiler sind Wasserapparate mit je einer Wasserstrahlpumpe eingebaut, wodurch eine Wasserhöhe von 66 Mtr. erzielt wird. Der Wasserstrahl erhebt sich in einer Stärke von 6 cm. ca. 1,50 Mtr. über den obersten Bodenrand.

Gerichtszeitung.

* Mannheim, 30. Juli. Straßsenkammer. Vorst.: Landgerichtsrat Dr. Aderle. Vertreter des St. Staatsanwaltschaft: Kessler-Sorg.

Vom Schöffengericht war im März dieses Jahres die 24jährige Tagelöhnerin Anna Meyer wegen Widerstands zu 1 Woche Gefängnis und drei Tagen Haft verurteilt worden. Die Frau hatte im November 1906 auf der Straße gelärmt und einschreitende Schenkleute geschlagen. Es wurde nun erwiesen, daß die Frau des öfteren Anfälle hat, durch welche die freie Willensbestimmung beeinträchtigt wird. Die Strafkammer hebt das erstinstanzliche Urteil auf und spricht eine Geldstrafe von 30 Mark aus.

Verurteilt wurde die Verurteilung des 23jährigen Schmieds Karl Treß und des 23jährigen Magaziniers Paul Winter, die wegen einer Schlägerei, die das Nachspiel eines Tanzergangs bildete, vom Schöffengericht zu 35 resp. 25 Mark Geldstrafe verurteilt wurden.

Ein Pferdehändler seltener Art ist der 47jährige ledige Karl Loos von Hüpfer. Seine Spezialität ist die, wenn er Geld wechseln läßt, stets die Münze, die er gewechselt haben möchte, mit dem Wechselgeld zusammen einzustreichen. Diese unansehnlichen Manipulationen haben ihm schon manche Strafe eingebracht. Er ist häufig, auch mit Justizhaus, verurteilt. Heute wird er zu 1 Jahr 6 Monaten Justizhaus verurteilt.

In einer Dezembernacht des vorigen Jahres lehrte der Wastrosche Hüßig nachts an Bord seines Schiffes zurück und legte sich schlafen. Zwischen 3 und 4 Uhr kamen zwei dunkle Gestalten in seine Kajüte herabgestiegen und stahlen, was nicht wert und wertlos war. Als Hüßig erwachte, mußte er zu seinem Schrecken feststellen, daß ihm fast seine gesamte Kasse im Werte von circa 200 Mark fehlte. Heute hatten sich der 23jährige ledige Tagelöhner Edward Korn und der 24jährige ledige Schlosser Johann Krauß wegen dieses Diebstahls zu verantworten. Ein dritter Genosse hat es vorgezogen, in die Gegend jenseits des Rheins zu entfliehen. Die beiden Angeklagten, von denen Korn angibt, den Krauß gar nicht zu kennen, während Krauß sagt, daß sie einander wohl bekannt wären, befanden sich am fraglichen Abend in einer Wirtshaus am Jungbusch. Sie sahen, daß Hüßig schlief, als er das Lokal verließ, und nun mag wohl der Plan in ihnen gereift sein, den Wastroschen zu bestehlen. Sie folgten seinen Spuren, merkten sich sein Schiff und warteten dann, bis jede Gefahr ausgeschlossen schien. Während nun Korn

mit dem unbekannten Genossen den Diebstahl ausführte, stand Krauß getreulich Wache. Krauß nahm die Diebstahlsbeute an sich und brachte sie ins Wandhaus. Korn ist 15mal, Krauß, der gegenwärtig 6 Jahre Justizhaus zu Zweibrücken absolvieren und bei Begehung der Tat erst eben den Gefängnismauern entflohen war, 2mal verurteilt. Das Urteil lautet: Korn 2 Jahre Justizhaus, Krauß, der ein Gehörnis ablegte, unter Einrechnung der gegen ihn erkannten Justizhausstrafe von 6 Jahren, 6 Jahre 3 Monate Justizhaus. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren abgesprochen.

Stimmen aus dem Publikum.

Vom Mannheimer Hoftheater.

Man schreibt uns:

Geschrier Herr Redakteur!

Gestatten Sie mir zu Ihrem Nachbild auf die verfloßene Opern-Saison noch einige Bemerkungen. Daß in dieser Saison nicht eine Oper-Novität zur Aufführung kam (die Pantomime „Fidebo“ war keine Oper), dürfte in den Annalen des Mannheimer Theaters doch einzig dastehen und es wird wohl keine zweite größere deutsche Bühne geben, die sich eines so kläglichen Mangels an Oper-Novitäten „rühmen“ kann. Auch was an Neueinstudierung guter älterer Opern geboten wurde, war so färglich wie möglich. Nicht einmal die wiederholt in Aussicht gestellte Reprise der reizenden Götter-Oper „Der Widerspenstigen Zähmung“ wurde herausgebracht. Alles das muß denn doch energisch gerügt werden. Es wird wohl interessieren, zu vernehmen, wie man in unserer Nachbarstadt Karlsruhe über Oper-Novitäten denkt. Dort gab es in der verfloßenen Saison drei. Damit war man aber in Karlsruhe lange nicht zufrieden, wie aus einem Artikel der Karlsruher „Badischen Landes-Ztg.“ hervorgeht, in dem es u. a. heißt:

Sieht man sich nun den Spielplan selber etwas näher an, so ergibt sich das gleiche Bild: sehr erfreuliche Gesichtspunkte, denen ebenso viele Schatten gegenüberstehen. Was einem an diesem Spielplan erfreut, ist seine gesunde Mannigfaltigkeit und Lebendigkeit. Man fand sehr häufig zwei, drei große schwierige Opern in einer Woche auf dem Bettel, die auch wirklich gegeben wurden, wie denn überhaupt Veränderungen der angelegten Vorstellungen im ganzen genommen selten vorkamen. Aber es fehlten die „Erfolgsführungen“, „Onegin“, „Bohème“, „Tiefland“. Das ist entschieden zu wenig. Einige Neueinstudierungen wie „Rienzi“, „Robespierre“, „Zerstreute Anteil“, „Legende von der heiligen Elisabeth“, „Romeo und Julia“ wollen im Grunde wenig bejagen, es sind Selbstverständlichkeiten. In früheren Jahren, bei weniger Vorstellungen waren sechs bis sieben Erfolgeführungen nicht selten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der ablehnende Standpunkt unseres „ersten“ Kapellmeisters den neueren Opernschöpfungen gegenüber, wie er in dessen publizistischen Arbeiten zutage tritt, eine Erklärung bietet für die erscheinende Armut des diesjährigen Spielplans an Neuheiten. Das wäre nur zu bedauern. Es ist nicht Sache eines Hoftheaters, den persönlichen, einseitigen Geschmack eines Kapellmeisters wiederzuspiegeln, zumal wenn das Publikum dabei um den Genuß einer ganzen Anzahl von Neu-schöpfungen kommt.

Bei uns hat man weder etwas von „Hochschule“ interessiert. Oper „Eugen Onegin“, noch von Puccini wiederholt versprochener „Bohème“, noch von einer Wieder-aufführung des letzten d'Albertschen Werkes „Tiefland“ gesehen. Wer bei uns die Schuld an diesem gänzlichen Novitäten-Mangel hat, ob der Intendant, ob die Kapellmeister — wir wissen es nicht. Aber, daß dies anders werden muß und daß man uns nicht länger interessante Oper-Novitäten, die über alle größere Bühnen gehen, vorenthalten darf — das kann und muß mit allem Nachdruck gefordert werden.

Weitere Theater- und Musikfreunde.

Von Tag zu Tag.

— Zum Gutachten des Professors Forel über die Grotte Feier. sh. Freiburg, 30. Juli. Aus einem an eine Privatperson gerichteten Briefe des bekannten Psychiaters Prof. Forel in Zürich hatte der „Freiburger Anzeiger“ einige Stellen mitgeteilt, die bereits durch die Presse gegangen sind, und in denen Professor Forel die Grotte Feier als eine „erlich absolut defekte, hysterisch-moralische Idiotin“ bezeichnet, die „fast mesallianisch veranlagt“ sei. Solche Wesen seien zu allem fähig und segner sensationsbedürftig. Um solche Exemplare des homo sapiens sei es nicht schade. — Ein Leipziger Blatt nahm darauf Bestenachtung, bei Professor Forel anzuklopfen, ob diese Charakterisierung der Grotte Feier von ihm stamme, und erhielt darauf die Antwort, daß die Nachricht nicht erfinden sei. Dessen Demütigung gegenüber hält der „Freiburger Anzeiger“ seine Mitteilungen durchaus aufrecht und sagt, Prof. Forel habe sich einfach selbst demütigt. Die mitgeteilten Äußerungen befanden sich tatsächlich in einem Briefe des Gelehrten, aus dem ein anderes fälschliches Blatt, unabhängig vom „Freiburger Anzeiger“ einen noch ausführlicheren Auszug gegeben hat. Nach diesem schrieb Prof. Forel außer dem schon Mitgeteilten über Grotte Feier noch: „... ein wahres Glück, daß ihre Embryonen beseitigt sind. Das hätte laudable Worte gegeben. Ihre Religiosität war phantastische Komödie, wie alles andere. Ein Fall, der zur Delirium „Pathologische Lagen“ Beziehungen hat. Lesen Sie die Sammlungen gerichtlicher Gutachten von Th. Kölle (bei H. Enke, Stuttgart) aus meiner Klinik.“ Man darf gespannt sein, was Herr Prof. Forel zu diesen erneuerten Mitteilungen sagen wird, ob er es das Schreiben für opportun erklären wird.

— Die Persönlichkeit des Triester Mörders. sh. Triest, 30. Juli. Der Mörder der Varietetésängerin Marie Gabri, Julius von Padronberg entstammt der Krainer Linie des genannten Geschlechts. Er besuchte in Venedig die Volkshule, wurde von ihr aber verwiesen, weil er sich zahlreiche Diebstähle zu schulden kommen ließ. Unter seinen Mitschülern figurierter er nur unter dem Spitznamen der „Briemardere“. Seine Mutter, Marie von Padronberg, geborene Dolina, wurde seiner Zeit wegen schweren Betrugs zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt und verlor den Ver. Sein Vater wurde im Jahre 1870 zu neun Jahren schweren Kerkers verurteilt und starb in der Haft. Ein Bruder des Mörders wurde vor 20 Jahren wegen eines Diebstahls in der Franziskanerkirche, in der er sich hatte einschließen lassen, ebenfalls zu Kerkerhaft verurteilt. Padronberg soll eine Frau und einen Sohn besitzen, um die er sich aber seit Jahren nicht gekümmert hat. Seitens der adeligen Familie Padronberg wird auf das lebhafteste bestritten, daß der Täter noch das Recht habe, den Adelstitel zu führen. Allgemein wird der Täter als ein bereits seit seiner Kindheit verkommenes Sub-

jekt geschildert, der nirgends gut tat und wiederholt den anderen Mitgliedern der Familie zur Last fiel, bis diese ihn wegen seines lichterlichen Lebenswandels vollkommen abschüttelte. Padronberg gedachte übrigens nach der Tat nach Alexandria oder Konstantinopel zu entfliehen und ersuchte den österreichischen Konsul um eine Freisfahrtskarte, wobei er sich für einen ehemaligen Beamten des Lloyd ausgab. Er hatte offenbar die Absicht, sich während der Fahrt der Reichtümer zu entledigen, da er sich genau erkundigte, ob die Kabinensfenster rund oder eckig seien. Von den 800 Kronen Barges, die sein Opfer besaß, hat er noch am Tage des Mordes 300 Kronen Schulden bezahlt. In dem einen der acht Pakete, die die Reichtümer enthielten, fand man Fächer und einen Schwamm, mit denen der Mörder das Blut aufgewischt hatte.

— Eine Schlacht zwischen Zigeunern und Romänen. Breslau, 31. Juli. In Friedebal (Ostpreußen) fand während des Sommerfestes zwischen Zigeunern, welche mit Pferden handelten, und Romänen, der „Fest. Jg.“ zwischen, eine förmliche Schlacht statt, in der die Männer mit Messern und die Weiber mit Knöpfen kämpften. Zwei Zigeuner und ein Romäne blieben tot, mehrere wurden schwer verletzt.

— Ertrunken. Speyer, 31. Juli. Beim Wäsche-aufhängen stürzte die Schifferfrau Wilhelmine vom Rheintal in die Fluten und ertrank. Die Familie verlor erst kürzlich ein kleines Kind durch Ertrinken.

— Vom Blig erschlagen. Stuttgart, 31. Juli. Laut „Schwäbischen Merkur“ wurde auf dem Truppenübungsplatz Münsingen ein Soldat des Infanterieregiments 124 vom Blig erschlagen.

— Eine verschwundene Ingenieur. Kopenhagen, 31. Juli. Der deutsche Ingenieur, der gestern mit seiner Frau aus Knebbecke Krug zu Hülereed verschwunden, hat nach Blättermeldungen dort unter falschem Namen gewohnt. Er soll nicht aus Hamburg, sondern aus Berlin stammen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Dresden, 31. Juli. Die infolge Streiks in Gornsdorf über eine Anzahl von Orten des Erzgebirges erfolgte Auslieferung von rund 4000 Strumpfwirkern wurde nach fast halbjähriger Dauer lt. Frl. Jg. aufgehoben, nachdem man über die Arbeitsbedingungen sich geeinigt hatte.

* Swinemünde, 30. Juli. Der Kaiser fuhr heute abend in Begleitung des Reichskanzlers, des Grafen Hohenhausen und des Gesandten vom Kreupler im Automobil nach Geringdorf.

Die Nachwahlen in der Pfalz.

* Mannheim, 31. Juli. Zu den an anderer Stelle wiedergegebenen Meldungen der „Münch. N. Nachr.“ von einem Aufrufhandel zwischen Zentrum und Sozialdemokratie schreibt die „Volksstimme“, sie könne „aufs Bestimmteste erklären, daß an diesem dem Gefühl der Schwäche und dem bösen Gewissen der Liberalen entstandenen Gerücht kein wahres Wort sei. Da hätten wir also schon das von den „Münch. N. Nachr.“ vorausgesetzte Dementi. Die „Frankf. Ztg.“ gab unter Vorbehalt das Gerücht wieder, Rechtsanwalt Ademann in Frankfurt sei seitens der sozialdemokratischen Partei als Nachfolger Ehrharts auszuweisen. Herr Ademann teilt der „Volksstimme“ mit, daß er weder von seiner Partei einen Antrag in diesem Sinne erhalten, noch sich überhaupt bisher mit dem Gedanken einer Kandidatur zum Reichstag befaßt habe.

Neuer Universitätsjubiläum.

* Jena, 31. Juli. Den Höhepunkt der Universitätsfeier bildete lt. „Frl. Jg.“ der heutige Festakt im Volkstheater, dem auch die Fürsten der vier Erbkaiserstaaten beiwohnten. Professor Delbrück hielt die Festrede. Folgende Ehrenpromotionen fanden u. a. statt: Theologischer Fakultät Altdorfer Staatsrat Bornier, Regierungsrat Eggeling, Curator der Jenaer Universität, Oberhofprediger Karl Braun, Geh. Kirchenrat Wertz in Eichl, Vorsteher des Wandbacher College Josef Eilm in Carpentier, Prof. Sieber in Leipzig, Juristische Fakultät Staatsrat Rothe in Weimar, Rektor Delbrück in Jena, Senatspräsident Brögen und Oberbürgermeister Singer in Jena, Staatsminister a. D. Verleisch, englischer Botschafter in New York Dreyer.

Der neue Präsident des Flottenvereins.

* Berlin, 31. Juli. In Ergänzung der Rede, die Großadmiral Köster in Klostorf gehalten hat, wird uns mitgeteilt, daß der Redner erklärt hat, er sei nicht in der Lage, die Ziele des neuen Präsidiums auseinander zu legen, weil die Statuten vorsehreiben, daß für solche wichtige Angelegenheiten nur Beschlüsse des Präsidiums maßgebend sein können, daher müsse man sich bis zur nächsten Sitzung des Präsidiums im Spätherbst gedulden. Was das Verhältnis des Flottenvereins zum Reichsmarineamt anbelange, so müsse das Reichsmarineamt dem Flottenverein nur dankbar sein, wenn dieser die Einsicht und das Verständnis im deutschen Volke für die Wichtigkeit der Marine für Handel und Industrie verbreitet; umgekehrt wird der deutsche Flottenverein dem Reichsmarineamt auch dankbar sein, wenn dieses den Teilnehmern an den vom deutschen Flottenverein veranstalteten belehrenden Reisen Gelegenheit zur Kenntnisnahme der Reichsmarine gibt. Wenn der deutsche Flottenverein in seinen Forderungen weitergehen sollte, als das Reichsmarineamt, so sei das kein gutes Recht, das allen denkenden Männern zustehe und das ihm auch das Marineamt weder verüßeln noch verlämmern dürfe.

Die Umwälzung in der Türkei.

* Konstantinopel, 31. Juli. Heute vormittag um 11 Uhr marschierten die Truppen vom Selamli nach dem Yıldızpalast. Eine große Menschenmenge strömte zur Masche, um für den Sultan eine Kundgebung zu veranstalten.

* Konstantinopel, 31. Juli. Ein Trade erklärt, daß der Beschluß des Ministerrates betr. Abschaffung der Geheimpolizei funktioniert worden sei. Der neue Unterrichtsminister Jaff Bey wird als ein Mann von hervorragenden Eigenschaften bezeichnet. In diplomatischen Kreisen ist er sehr geschätzt.

* Konstantinopel, 31. Juli. Die Wähler veröffentlichten eine amtliche Bekanntmachung, daß der Minister Selim Pascha Reich durch ein Trade des Sultans abgesetzt sei. Sein Gehörte übernimmt interimistisch die Geschäfte des Außenministeriums. Der Divisions-General Ali Pascha wurde zum Großmeister der Artillerie ernannt. Unterrichtsminister Dschalim Pascha erhielt sein Abschiedsgeld ein. In seinem Nachfolger wurde Daffi Bey ernannt. Der Baly von Adrianopel, Saver Bey, wurde zum Polizeiminister ernannt.

Palz, Geßen und Umgebung.

* **Speyer, 29. Juli.** Ein Prozeß wegen 15 Fls. der kürzlich hier nach halbjähriger Dauer durch Eid erledigt wurde, dürfte wohl einzig dastehen. Den Prozeß führten zwei Bewohner aus Hartmannsweiler. Der Sachverhalt war folgender: Im vorjährigen Sommer hatte ein dortiger Wagner für einen Ackerer eine kleine Reparatur an einer Senze vorgenommen, für welche er dem Auftraggeber eine Rechnung zugehen ließ. Die Rechnung wurde auch bezahlt, jedoch erinnerte sich der Bauersmann, daß seitens des Wagners bei ihm für 15 Fls. Salat gekauft worden wäre, der noch zu bezahlen sei. Er verlangte daher Bezahlung hierfür. Der Wagner und auch seine Frau konnten sich nicht erinnern, Salat gekauft zu haben, und bestritten daher die Forderung. Man wurde ein hiesiger Rechtsagent zu Hute gezogen, der für 50 Fls. eine Zahlungsaufforderung dem Wagner zugehen ließ. Der Streithwert betrug nur 65 Fls., wegen dessen ein halbes Jahr die Klage geführt wurde. Jede Partei hatte sich einen Rechtsbeistand gestellt. Die Klage, bei welcher auch eine Reihe von Zeugen vernommen wurden, endigte mit einem Eid, den der Beklagte auch leistete. Der Kläger wurde mit seiner Forderung abgewiesen und ihm noch sämtliche nicht unbeträchtliche Kosten zur Last gelegt.

☞ Darmstadt, 30. Juli. Einen warmen Appell an die bestehende Klasse brachte in der heutigen Stadtverordnetenversammlung der Stadtv. Stemmert vor, der darauf hinwies, daß vermögende Bürger ihren gemeinnützigen Sinn und ihr Interesse für die Vaterstadt dadurch betätigen könnten, daß sie dem Beispiel wohlthätiger Spender in hiesiger Stadt, wie in Frankfurt/Mainz, Offenbach, Gießen etc. folgend, entsprechende Beiträge, die zu wohlthätigen Zwecken wie zur Verschönerung der Stadt dienen, stiften würden. Für Verminderung der Feuergefährde werden in den Städt. Schulen alle Türen nach außen sich öffnend umgeändert und eine Anzahl Minimier-Apparate erworben. Mit 5000 werden dafür bewilligt. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über den Antrag der Bürgermeisterei, in Zukunft bei der Herstellung von Fußsteigen, Kanalanalysen etc. durch das Tiefbauamt im Interesse der Privaten als Verwaltungskosten einen entsprechenden Beitrag von 10—20 pCt. von den interessierten Grundbesitzern zu erheben. Die Gegner machten geltend, daß die Grundbesitzer durch die 20 pCt. ausmachende Grundsteuer schon hinreichend belastet seien und daß die Trottoirs etc. von der Allgemeinheit benützt würden. Trotzdem wurde der Antrag mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Eine Statistik der Lehrkräfte an den deutschen Universitäten stellt die Statistik. Centr. auf und vergleicht dabei das Winterhalbjahr 1905-06 mit dem Winterhalbjahr 1895-96. Die Zahl der Dozenten ist in diesen 10 Jahren von 2445 auf 3090 also um 26,38 v. H. gestiegen, und zwar in der evangelisch-theologischen Fakultät von 173 auf 199, in der katholisch-theologischen von 75 auf 95, in der juristischen von 227 auf 276, in der medizinischen von 699 auf 967 und in der philosophischen von 1271 auf 1552, jedoch die größte Zunahme auf die medizinische Fakultät entfällt. Unter den Dozenten waren 1202 (1895-96 1085) ordentliche Professoren, 100 (71) Honorarprofessoren, 796 (854) außerordentliche Professoren und 1045 (735) Privatdozenten. Auf 10 Ordinarien kommen 61,38 (1895-96 nur 51,06) Extraordinarien und 87,08 (67,74) Privatdozenten. Sonach ist die Zahl der außerordentlichen Professoren und Privatdozenten stärker angewachsen als die der ordentlichen Professoren; es haben sich also die Ansichten auf eine ordentliche Professur verschlechtert, und zwar infolgedess des Andrängens von außerordentlichen zu ordentlichen Professoren bei den außerpreussischen Universitäten mehr als bei den preussischen; denn es hat in den 10 Jahren zugenommen die Zahl der ordentlichen Professoren bei ersteren um 9,87, bei letzteren um 11,91 v. H., die der außerordentlichen dagegen bei ersteren um 42,86, bei letzteren nur um 3,13, und die der Privatdozenten bei ersteren um 27,95, bei letzteren um 51,83 v. H. Die Zahl der Privatdozenten ist also an den preussischen Universitäten besonders stark gestiegen. Vergleicht man die Zahl der Dozenten mit der der Studierenden, so kamen auf einen Dozenten 13,3 (1895-96 11,7) Studierende. Am ungünstigsten ist das Verhältnis in der juristischen Fakultät mit 42,9 (1895-96 38,7) Studierenden auf einen Dozenten; dann folgen die katholisch-theologische mit 17,3 (19,9) die philosophische mit 12,7 (7,0), die evangelisch-theologische mit 10,5 (16,5) und die medizinische mit 6,1 (11,0) Studierenden auf einen Dozenten. Berücksichtigt man nur die ordentlichen Professoren, so kommen auf jeden durchschnittlich 34,4 (1895-96 35,2) Studierende.

Export.

* **Prinz-Geinrich-Fahrt.** Eine in München automobil-
sportlichen Kreisen laut gewordene Vermutung scheint ihrer Be-
stätigung entgegenzugehen: das Embassy der Prinz-Geinrich-
Fahrt von 1909 soll nach München gelegt werden. Nicht allein der Wunsch zahlreicher Automobilisten, sondern
hauptsächlich auch der Wunsch des Prinzen Heinrich hat diese
Festlegung des Embasies der Fahrt veranlaßt. Der Prinz be-
schränkt insbesondere die schöne Rennstrecke im Forstrieser-
park, deren künftige Pläne wiederholt werden soll. Eine
Seilschleppfahrt, so interessant sie im sportlichen Interesse er-
scheint, ist wahrscheinlich ausgeschlossen. Doch vermutet man,
daß der Fürst Berg eventuell das Terrain zur Bergfahrprüfung
sein würde, worauf über die bekannte Strecke über Rigel zum
Forstrieserpark die Fahrt ihrem Ende zueilen dürfte.

A.S.C. Das neue Luftschiff des Major von Patzold, das ebenso wie Zeppelin 4 nach Erprobung seiner Leistungsfähigkeit von der Regierung zu Kriegszwecken angekauft werden wird, ist in diesen Tagen seine ersten Probefahrten unternommen. Das Luftschiff, das vollkommen auf der Basis des anstehenden Systems konstruiert worden ist, hat durch vier verschiedene Probungs-Fahrten seine Kriegstüchtigkeit zu beweisen. Diese bestehen aus einer Dauerfahrt von 12 Stunden, einer Hochfahrt bis über 1200 Mtr., einer Windfahrt bei 10 Meter Windstärke und schließlich einer Fahrt vom freien Felde. In diesem Zweck wird das Luftschiff vom Was entleert, die leere Hülle, Gondel, Motor und Schraubenflügel werden per Wagen auf ein freies Feld transportiert und hier wird der Ballon wieder gefüllt und zusammengelegt, woran sich eine Probefahrt schließt.

* Internationale olympische Spiele des Mannheimer Fußballklub Viktoria 1897. Die Preise für das am Sonntag, den 2. August auf dem Viktoriavorplatz bei den Rennwiesen stattfindende Meeting sind von Samstag ab im Schaufenster der Firma Dinkel Noth (Carl Reiner) in D 26 ausgestellt.

* Londoner Olympische Spiele. Bei der olympischen Regatta unterlag der deutsche Kutter V. v. Giza vom Berliner „Wiking“ dem bekannten Engländer Blackstaffe.

Volkswirtschaft.

Zum Zusammenbruch der Solinger Bank.

In den Kreisen der Solinger Fabrikanten und Gewerbetreibenden wird lebhafteste Klage darüber geführt, daß seit dem Zusammenbruch der Solinger Bank, die Solinger Banken nur sehr vorsichtig Kredit gewähren und manchmal die doppelte und dreifache Sicherheit verlangen, während es im Gegentheil im Interesse des ganzen Platzes läge, daß die kreditwürdigen Unternehmungen nicht fallen gelassen, ihnen vielmehr anderwärts Bankkredite zugänglich gemacht würden. Infolgedessen freistell es bedenklich weiter, weil die Fabrikanten, die kein Vermögen haben und keinen Bankkredit bekommen, gezwungen sind, wegen Mangel an Betriebskapital ihre Betriebe zu schließen. Man rechnet in eingeweihten Kreisen noch mit einer ganzen Anzahl von Konkursen im Folge des Solinger Bankroths. An Großbanken sind vertreten in Solingen der Rarmer Bankverein und die Bergisch-Märkische Bank, die seit Anfang Juli das hiesige Bankhaus Hüser u. Co., bei dem sie bisher kommanditistisch beteiligt war, in eine Zweigniederlassung umgewandelt hat. Außerdem sind an kleinen Banken nur lokaler Bedeutung noch vorhanden die Firmen Triebich, Unseker u. Co. und Edward Wedd.

Stahlwerkverband, H.-G. in Düsseldorf.

Wie der Vorstand des Stahlwerksverbandes bekannt gibt, wurde in der gestrigen Sampterversammlung über die Geschäftslage folgendes berichtet: In Salzburg hat die inländische Kundschaft ihren Bedarf für das dritte Vierteljahr durchweg gedeckt, und zwar ungefähr in der Höhe der Bestände für das zweite Vierteljahr. Nachdem der mit der Befestigung des Termins 15. Juli für den Verkauf zu den ermäßigten Preisen verfolgte Zweck erreicht worden ist, soll nachträglich noch eintretender Bedarf, den die Kundschaft im voraus zu überreichen nicht in der Lage war, ebenfalls zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Im Auslandsgeschäft herrscht wie seither Ruhe. In Schweden Eisenbahnmateriale ist nunmehr von sämtlichen deutschen Eisenbahnverwaltungen die Jahresbedarfsmengen aufgegeben, die durchweg und zum Teil erheblich hinter dem vorjährigen Bedarf zurückbleiben. Vom Ausland wurden mehrere Aufträge an Oberbaumaterial bereingekommen. Teilspezifikationen für die Deutsch-Ostafrikanische Bahn Morogoro-Tabora sind demnächst zu erwarten. In Rillen- und Grubenbahnen herrscht immer noch Zurückhaltung, und die vorliegenden Auslandsgeschäfte werden von fremden Werken scharf umstritten. In Österreich wurde noch Verlängerung der Trägerhändler-Vereinigungen bis Abschlusstatigkeit etwas besser, doch herrscht im großen und ganzen im Trägergeschäft Ruhe, da die erhoffte Belebung des Vapelschäfts nicht eintreten ist und im Sommer an und für sich die Quantität alljährlich eine Ermattung zeigt. In der Lage des Auslandsmarktes ist eine wesentliche Veränderung seit dem letzten Bericht nicht eingetreten; die Kundschaft hält noch wie vor in der Fügung neuer Abschlüsse zurück.

Stützerwerke, H. G. in Berlin.

In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung war ein Aktienkapital von 5 732 000 Mark vertreten, während zu einer Beschlußfassung ein Kapital von mindestens 9 000 000 Mark notwendig ist. Vorbehaltlich der Genehmigung einer zweiten am den 1. August einberufenen Generalversammlung wurde beschlossen, das Grundkapital der Rütgerwerke L.-G. um 5 500 000 M. auf 17 500 000 M. durch Ausgabe von 6000 Stück neuen, erst am 1. Januar 1900 ab gewinnberechtigten Aktien zu erhöhen; von diesen werden in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Generalversammlung der Aktiengesellschaft für Teer- und Erdölindustrie nominal 5 320 000 M. Aktien zum Umtausch gegen 7 600 000 M. Aktien der Aktiengesellschaft für Teer- und Erdölindustrie bereit verwandt, daß auf je 10 Aktien der Aktiengesellschaft für Teer- und Erdölindustrie, 7 Aktien der Rütgerwerke L.-G. mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1900 an entfallen. Die restlichen 180 000 M. sollen zur Verstärkung der Betriebsmittel gegen Voreinsahlung zum Mindestsatz von 140 Prozent begeben werden. Die Verwaltung führte zur Begründung dieser Transaktion unter anderem aus: Die Angliederung der Fabriken der Aktiengesellschaft für Teer- und Erdölindustrie war im Hinblick auf das hauptsächlich im östlichen Deutschland betriebene und auf die Verarbeitung von Teerden basierte Zweigergeschäft eine organische Notwendigkeit. Verbindungen über einen Zusammenschluß mit der Aktiengesellschaft für Teer- und Erdölindustrie sind daher schon zu verschiedenen Malen gepflogen worden, sie waren aber bisher an zu hohen Forderungen der Großaktionäre der Aktiengesellschaft für Teer- und Erdölindustrie gescheitert. Durch die Verschmelzung der beiden Gesellschaften auf der Basis von 10 zu 7 ergibt die Rütgerwerke L.-G. einen buchmäßigen Gewinn von 2 260 000 M. An Stelle des durch Tod ausgeschiedenen Herrn Robert Vorchag wurde Generalassistent Hermann Rosenberger neu in den Aufsichtsrat gewählt und beschlossen, die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder von 10 auf 13 zu erhöhen. Vorbehaltlich der Genehmigung der am 1. August stattfindenden Generalversammlung wurden Generalassistent Fritz v. Friedländer-Rud., ferner Konstantin Karl Schiedemandel und Edmund Verrecu binngewählt. Auf Anfrage eines Aktionärs über die Aussichten im laufenden Geschäftsjahre erwiderte Generaldirektor Denial Segall, der Geschäftsgang sei durchaus zufriedenstellend, die Fabriken liefen besser beschäftigt als im Vorjahre. Die Preise seien teilweise höher, teilweise niedriger, gleichen sich demzufolge aus. Wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, werde das Resultat des laufenden Jahres dem des Vorjahres nicht nachstehen. (L. B. T.).

Württembergische Rotummansufaktur in Seidenheim an der Brenz. Nach dem Bericht des Vorstandes war das abgelaufene Geschäftsjahr weniger befriedigend, da die längst bejahrte Krise in der Baumwoll-Industrie eingetreten ist und den Geschäftsgang während des ganzen Jahres außerordentlich schwierig gestaltet hat. Neben den stark angewachsenen Generalaufträgen waren es der Ausfall in der Produktion und die Entwertung der Rohwarebestände, welche das Ergebnis beeinträchtigten. Der Fabrikationsgewinn beträgt 518 846 M. (i. V. 887 289 M.). Nach Abschreibungen von 77,082 M. (73 140 M.) und Rückstellung auf Deckreserv. für Zuckerschl. von 28 868 M. (0) verbleibt, ausschließlich Gewinnvortrag, ein Reingewinn von 412 656 M. (764 149 M.), aus dem, wie schon gemeldet, 14 Prozent (20%) Dividende verteilt werden sollen. Der Gewinnvortrag erhöht sich auf 43 392 M. (39 145 M.). Bezüglich der Aussichten für das kommende Jahr ist nach dem Bericht die allgemeine Geschäftslage noch nicht geklärt. Jedenfalls müsse damit gerechnet werden, daß die schweren Erschütterungen, welche die Industrie durchzumachen hat, noch länger nachwirken werden.

Anleihe der Stadt Hamburg. Der Stadt Hamburg ist die Genehmigung zur Ausgabe von M. 4 Mill. 4proz. Anleihe jetzt erteilt.

Die Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte beruft auf den 20. August eine Generalversammlung, welche über Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe von 2344 Aktien zu je 1000 fl. Beschluß fassen soll.

Motorenfabrik Oberursel, A.-G., Oberursel a. L. In der Generalversammlung wurden die Vorschläge der Verwaltung insbesondere die Auszahlung einer Dividende von 5 Proz. (wie i. V.) genehmigt und die ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder wiedergewählt. Auf die Anfrage eines Aktionärs betreffs der auf Maschinenkonto vorgenommenen Abschreibungen erwiderte die Direktion, daß die Maschinen nach den bereits zu früheren Jahren und zwar jeweils auch auf die Zugänge vorgenommenen Abschreibungen beträchtlich niedriger zu Buch stehen, als deren wahrer Wert beträgt.

Vom Hamburger Kaffeemarkt. Die Kaffeepreise waren wenig verändert. Nach einer Privatschätzung beträgt die laufende Santosernute $\frac{3}{4}$ bis 10 Mill. Sack. Die Zufuhren im August in Höhe von 1350 000 Sack blieben einflusslos.

Hugo Schneider A.-G., Leipzig. In der gestrigen Aufsichtsrats-Sitzung teilte der Vorstand mit, daß die ersten 6 Monate einen Gesamtumschlag von 3.457.000 M. gebracht haben oder eine Verringerung von 1.613.000 M. gegen die gleiche Zeit des Vorjahres. Der Rückgang der Umsatzziffer ist, wie mitgeteilt wurde, einzig und allein dem schon im zweiten Halbjahr 1907 erpfaßten beispiellosen Preisrückgang der Hauptrohmaterialien (Kupfer, Zinn usw.) zuzurechnen. Die diesjährigen Verläufe seien zu normalen Preisen abgeschlossen worden. Bei dem herrschenden normalen Beschäftigungsgrad dürfte ein befriedigendes Resultat erhofft werden.

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite).

Frankfurter Effectenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

* Frankfurt a. M., 31. Juli. (Hansbörse.) Der Gesamteindruck der heutigen Börse bei Eröffnung war ein zuversichtlicher, obwohl die Geschäftslätigkeit sehr zu wünschen übrig ließ. Die Gesamthaltung der auswärtigen Börsen sowie die anhaltende Geldflüssigkeit machten guten Eindruck. Für Transportwerte stellte sich teilweise festere Tendenz ein. Baltimore folgte der New Yorker festeren Tendenz und ließen ziemlich lebhaft Nachfrage erkennen, Lombarden schwach und nur mühsam behauptet, Staatsbahn fest, Norddionalbahn und Prinz Heinrich bei mäßigen Umläufen behauptet. Kurz nach Eröffnung trat lebhaft Belegung auf dem Montanmarkte ein. Während Bochumer noch zu 218 angeboten waren, steigerte sich dieses Papier infolge des günstigen Geschäftsabflusses auf 217—218.50. Die Verteilung einer Dividende von 15 gegen 16½ im Vorjahre bestrebigte umso mehr, als man von dem Bochumer Gußstahlverein noch gestern auf Gerüchte hin 14 ja vielleicht 13½ erwartete. Die gestrige schwache Haltung der Berliner Börse, welche zu erheblichen Rückgängen führte, hatte zur Folge, daß große Käufe für festere Plätze abgeschlossen wurde. Auch die übrigen Werte des Montanmarktes profitierten hierdurch. Am Bankmarkte behaupteten sich leitende Werte, feste Tendenz zeigten auch heute Deutsche Bank und Berliner Handelsgesellschaft. Schiffahrtsaktien konnten sich weiter erholen. Industriewerte zeigten feste Haltung. Aluminium schwach. Schwächer lagen Chemische Gold- und Silberscheibeanhalt bei 3½ Proz. Kurzverleih, Kunstseide seit langer Zeit unnotiert, stellte sich heute auf 20 Proz., elektrische Werte behauptet, Maschinenfabrik Witten anziehend. Die Anleiheverrie besonders 3 Proz. Reichsanleihe und Konfols waren fest, von ausländischen Renten Türken schwächer. Der weitere Verlauf war ruhiger, die Tendenz fest. An der Nachbörse zeigte das Geschäft ein ruhigeres Aussehen. Bochumer lebhaft und bis 219.50 bezahlt. Türkenlose schwächer. Es notierten Kreditaktien 195.25, Diskonto 172.10 à 30 à 172, Lombarden 21.80 à, Baltimore 92.10 à 93 à 92.80, Dresner Bank 136.75, Staatsbahn 148.70, Türkenlose 146.80 à 146 und Bochumer 218.50 à 219.50.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Edinburgh: Rurle.

Reichthum: Disfoni 4 Prozent.

		30. 31.				30. 31.	
Wien	fur	168.22	168.5	Paris	fur	81.175	81.156
Belgien	"	80.916	80.983	Edinb., Pilsne	"	81.283	81.233
Italien	"	81.20	81.26	Bien	"	85.083	85.083
London	"	20.885	20.882	Napoleon's for	"	16.26	16.26
	lann	—	—	Privatbanknote	"	9 1/2	9 1/2

Elastopapier. A. Dent (德).

	32.	31.		30.	31
4% preuss. Reichsanl.	99.70	99.71	Mexikaner Süß. 88/90	97.75	97.40
3 1/2 "	92 —	92.25	3 Mexikaner innere	65.50	65.50
3 1/2 "	85.05	83.35	Laumaltpas	98.40	98.20
4% pr. konj. St.-Anl.	99.70	99.70	Bulgaren	—	99.80
3 1/2 "	92.10	92.15	1 1/2 „ Griechen 1890	—	—
3 "	82.05	83.20	5 Italien. Rente	104.70	104.70
4 babilische St.-A.	—	—	4 1/2 Oest. Silberrente	99.50	—
3 1/2 " neue	—	99.85	4 1/2 „ Papierrent.	99.31	—
3 1/2 bab. St.-Obligation	95 —	—	Oesterr. Goldrente	—	98.75
3 1/2 " alt.	92.60	92.71	3 Portug. Serie I	92.20	92.20
3 1/2 " 1900	91.00	90.15	3 " III	63 —	63.30
4 austr. G.-R. St.-A. 1915	100.55	100.55	4 1/2 neue Russen 1905	93.85	95.95
3 1/2 do. n. Wla. Anl.	91.55	92.40	4 Russen von 1880	88 —	88 —
3 do. G.-R. Obl.	92.40	81.40	4 span. ausl. Rente	94.80	94.80
4 Pfenn von 1:99	—	94.30	4 Türken von 1907	87.60	87.60
3 Pfenn	81.30	81.00	4 " umj.	95.90	95.60
3 Schacht	83.40	83.50	4 Ungar. Goldrente	93.15	93.05
4 Wla. Schacht-K. 1907	68.20	93 —	4 " Kronrentente	92.90	92.90

1906	89.90	89.90	Ergebnisse
------	-------	-------	------------

5	Arg. i. Gold-B. 1887	100.—	100.—	3	Oesterreichische	1880	154.80	154.80
4½	Schmelzen 1898	97.50	97.35		Türkische		147.80	147.80
4	Geopfer unificierte	—	—					

Kauf- und Verleihungs-Klillen

Polische Bank	129.60	129.60	Oesterr.-Ung. Bank	124.70	124.70
Berg u. Metallb.	117.—	117.50	Oest. Ansbanksant	111.—	109.50
Genl. Handels-Ges.	160.40	160.80	Kredit-Anstalt	193.25	195.25
Comer. u. Ind.-G.	166.50	166.80	Preussische Bank	100.—	100.20
Landwirthb. Bank	122.2	122.34	Stahl. Hyp.-Bank	101.50	101.45
Deutsche Bank	231.40	231.45	Verus. Hypothek.	109.41	109.50
Deutsche-Land. Bank	136.—	136.—	Deutsche Reichsb.	152.70	152.70
D. Oesterr. Bank	109.10	109.10	Reich. Kreditbank	138.00	138.00
Disconto-Gesam.	171.80	172.10	Rhein. Hyp.-B.	91.92.—	92.—
Dresdener Bank	136.70	136.80	Schaaffh. Bankcor.	128.75	129.—
Frankl. Hyp.-Bank	201.50	201.50	Südd. Bank Rhm.	107.75	107.75
Genl. Hyp.-Kredit.	153.90	153.90	Wiener Bankcor.	—	130.60
Nationalbank	113.—	113.—	Sant Ottomane	140.—	139.—

